Institut für Staatspolitik



Der Aufstand der Anständigen

Hintergründe und Erklärungsansätze

IfS

Wissenschaftliche Reihe – Heft 2

Der Aufstand der Anständigen

Hintergründe und Erklärungsansätze

Wissenschaftliche Reihe – Heft 2
Arbeitsgruppe 2: Die politische Linke

Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
Fax 034632-90941 · www.staatspolitik.de

Inhalt

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda · Fax 034632-90941 · www.staatspolitik.de

Vorab

„Schließlich ist es auch beruhigend, daß Deutschland überhaupt ein Rechtsextremismusproblem hat, und zwar in dem Sinne, weil es die Deutschen jeden Tag dazu zwingt, Zeugnis über die Relevanz ihrer Geschichte abzulegen. Es ist entscheidend für die Meinungsbildung der Welt zu sehen, wie Deutschland mit dieser Sisyphusaufgabe offen und ehrlich umgeht, und es gibt diesbezüglich kein moralisches Verjährungsgesetz. Deutschlands guter Name in der Welt ist in einem wichtigen Maße abhängig von dem Vertrauen anderer darauf, daß sich das Land dieser Aufgabe verpflichtet.“
Douglas H. Jones[1]

„Ich als Israeli wüßte Mittel, um solche Nazi-Demonstrationen zu verhindern. Wenn ich noch jünger wäre, würde ich eine Pistole nehmen – ich habe noch einen Waffenschein – und auf solche Demonstranten schießen. Eine schöne Dekoration: deutsches Blut, von einem Juden vor dem Brandenburger Tor vergossen. Das wäre apart.“
Gad Beck[2]

„… hätte man die demokratische Toleranz aufgehoben, als die künftigen Führer mit ihrer Kampagne anfingen, so hätte die Menschheit eine Chance gehabt, Auschwitz und einen Weltkrieg zu vermeiden. … Folglich erfordert wahre Befriedung, daß die Toleranz vor der Tat entzogen werde: auf der Stufe der Kommunikation in Wort, Druck und Bild. Allerdings ist eine derart extreme Aufhebung des Rechts der freien Rede und der Versammlungsfreiheit nur dann gerechtfertigt, wenn die Gesamtgesellschaft in äußerster Gefahr ist. Ich behaupte, daß unsere Gesellschaft sich in einer solchen Notsituation befindet und daß diese zum Normalzustand geworden ist.“
Herbert Marcuse[3]

„Der Zeitschriften- und Buchhandel sowie die Verlage werden ersucht, rechtsextremistische Zeitungen, Zeitschriften und Literatur weder herzustellen, zu verlegen noch zu verbreiten.“
Bundestagsdrucksache DS 14/5465[4]

„Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Formen von Kriminalität.“
Beschlußvorlage des Gemeinderates der Stadt Stuttgart[5]

Einleitung

Die folgende Studie über die nach wie vor laufende „Kampagne gegen Rechts“ will nicht bei einer kritischen Sichtung der Ereignisse stehen bleiben, sondern eine gesamtgesellschaftliche Einordnung versuchen. Diese Einordnung wird sich an zwei Thesen orientieren. Die erste These besagt, daß der Rechtsextremismus eine Art negativer Sinnstiftung in einer Gesellschaft darstellt, die die „Bestände des Gemeinsinns”, von denen sie Jahrzehnte zehren konnte, offensichtlich verbraucht hat. So konstatierte z.B. der Frankfurter Soziologe Helmut Dubiel, daß die „traditionellen Sinnpolster, auf die sich – bis vor wenigen Jahrzehnten – der Respekt vor der Autorität des Staates, der Gehorsam gegenüber den Gesetzen und eine Ethik der Arbeit stützen konnten, verschlissen“ seien. An deren Stelle seien in der „voll entfalteten Marktwirtschaft“ die „Symptome des utilitaristischen Kalküls, der Status-Konkurrenz und der strategischen Rationalität“ getreten, die nicht mehr auf die „bürgerlichen Kernschichten“ beschränkt seien.[6]

Bedarf es also in einer Gesellschaft, in der „öffentliche Tugenden“ weitgehend ausgetrocknet sind, des Rechtsextremismus als negativer Begründung für eine „politisch organisierte Wiederaufforstung von Sinn- und Pflichtmotiven“ (Dubiel)? Diese Sinn- und Pflichtmotive (wie z.B. Zivilcourage, Toleranz, Weltoffenheit, Verständnis etc.) werden in der Regel als moralisch gebotene Antwort auf die zu bekämpfenden Kriterien „rechtsextremistischer Gesinnung“, nämlich Antisemitismus, Intoleranz und vor allem Ausländerfeindlichkeit verstanden.

Die andere These geht davon aus, daß die aktuelle Kampagne gegen Rechts der Durchsetzung eines neuen Werteparadigmas dient. Dieses neue Werteparadigma, das auf der Zielsetzung einer multiethnischen Gesellschaft auf deutschem Boden aufbaut, soll aus Sicht der großen Mehrheit der Gesellschaftsingenieure in Politik und Medien an die Stelle des bisherigen Werteparadigmas treten, dem ein homogener Gesellschaftsbegriff zugrundeliegt. Je mehr nun dieses alte Werteparadigma in der öffentlichen Wahrnehmung mit dem „Rechtsextremismus“ verschränkt wird, desto leichter fällt die Durchsetzung des neuen Werteparadigmas als Ausdruck „gesellschaftlichen Wandels“ bzw. „Fortschritts“. Ein extremes Beispiel dieser Strategie hat vor einiger Zeit der Schriftsteller Josef Haslinger gegeben. Dieser erklärte das „Bedürfnis der Menschen nach Zugehörigkeit als solches zur Wurzel allen Übels“. Der Rechtsextremismus, so Haslinger, habe seinen Ort folglich nicht an den Rändern, sondern in der „Mitte unserer Kulturtradition“. Der Politologe Peter Graf von Kielmannsegg schlußfolgerte in diesem Zusammenhang: „Treue in der Ehe, Heimatliebe, Anhänglichkeit an die eigene Familie – hinter alledem lauert, folgt man Haslinger, immer schon der rechtsextremistische politische Wahn mit seinem mörderischen Potential.“[7]

In diesem Sinne ist die laufende Auseinandersetzung nicht nur eine öffentlich inszenierte Erregung über rechtsextremistisch motivierte Gewalt, sondern vor allem ein „Kampf um die Begriffe“. Genau dies dürfte der Europaparlamentarier Bernd Posselt (CSU) gemeint haben, als er mit Blick auf die antiösterreichischen Sanktionen der EU schlußfolgerte: „Folgenschwerer für die EU dürfte aber das Wiederaufleben des angeblichen ‚Antifaschismus‘ in westlicher Form sein. In einer Zeit, in der zunehmend von europäischen Grundwerten die Rede ist, ohne daß jemals klar definiert worden wäre, worin diese Grundwerte bestehen, hat in der Europäischen Union ein Ringen um die geistig-politische Hegemonie eingesetzt … Hier scheint einer zeitweise orientierungslos gewordenen Linken der Antifaschismus ein geeignetes Instrument, um Europa eine Seele, eine geistige Ausrichtung zu geben, die die Erben des Linkstotalitarismus einbezieht, aber wirkliche und vermeintliche Rechtsextremisten zum gemeinsamen Feindbild aller sozialistischen und demokratischen Kräfte erhebt.“[8]

Die Bombe

Am 27. Juli 2000 explodierte an der Düsseldorfer S-Bahn-Station Wehrhahn eine selbst gebastelte Rohrbombe mit einer hohen Splitterwirkung. Sieben der insgesamt zehn Verletzten waren jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Nach Angaben des Düsseldorfer Polizeisprechers Lothar Sprick hatte diese Bombe „flaschenähnliche" Enden, deren Gewinde mit runden Metallkappen verschlossen waren. Bis heute ist unklar geblieben, ob die Gruppe der zumeist jüdischen Aussiedler mit Hilfe eines Fernzünders gezielt angegriffen wurde oder ob sie sich nur zufällig in der Nähe der Rohrbombe aufhielt, als diese mit einem Zeitzünder zur Explosion gebracht wurde. Wenige Stunden nach dem Düsseldorfer Anschlag ging bei der Berliner Polizei ein Anruf ein, in dem mit „rechtem Terror" gedroht wurde. Der Droh-Anruf kam vom Privatanschluß eines Polizisten, der aber nicht als Täter überführt werden konnte.[9] Der Anrufer drohte, es werde in Berlin Tote geben, „wie 1980". Zur Erläuterung: Im September 1980 hatte ein Neonazi auf dem Münchner Oktoberfest eine Splitterbombe gezündet, durch die 19 Menschen zu Tode kamen und 219 verletzt wurden.

In der öffentlichen Wahrnehmung schien dieser Anschlag damit genau das zu bestätigen, was der Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt, Ernst Uhrlau, etwa einen Monat vorher im Wochenmagazin *Focus* behauptet hatte. Uhrlau sprach davon, daß die „Gefahr der Gründung einer *Braunen Armee Fraktion* aufgrund des fehlenden Sympathisanten-Umfeldes nicht gegeben sei. Rechte Terroristen seien aber ‚eine Zeitbombe', da sie auch die Schädigung Unbeteiligter bewußt in Kauf nähmen".[10]

Der Düsseldorfer Rohrbombenanschlag konnte bis heute nicht aufgeklärt werden. Nach einem Bericht des *ARD*-Politikmagazins *Kontraste* vom 21. September 2000 gibt es inzwischen Hinweise, die in eine ganz andere Richtung weisen. So erklärte der ermittelnde Staatsanwalt Johannes Mocken in dieser Sendung: „Es hat sehr früh eine Festlegung darauf gegeben, daß die ganze Sache dem rechten Spektrum zuzuordnen sei, worüber wir nicht glücklich sind. … Eine unserer Arbeitshypothesen ist auch, daß es sich um eine Schutzgelderpressung handeln könnte, da man mit diesem Bombenanschlag möglicherweise Eindruck machen wollte. Gegen eine solche Motivation könnte zwar sprechen, daß man normalerweise Opfer, die man zu Zahlungen zwingen will, nicht so schwer verletzt oder gar tötet, daß Zahlungen nicht mehr zu erwarten sind. Dafür könnte dann allerdings wieder sprechen, daß möglicherweise nicht die Opfer selbst zahlen sollten, sondern aus dem Umfeld der Opfer Personen beeindruckt werden sollten."

Gründe für eine notwendige Verortung der Täter im rechtsextremen Milieu ließ die Autorin der Sendung, Anja Dehne, durchblicken: „Wenn es denn also

keine Nazis waren? *Wäre es dann mit der Empörung im Land gegen die Gewalt von rechts schon wieder vorbei?*[11] Es scheint, daß die Ermittler genau das befürchten."

Folgerichtig gab es sofort Schuldzuweisungen. Das Boulevardblatt *Express* in Düsseldorf sprach von einer „Nazi-Bombe". Führende Politiker, wie z.B. Bundesaußenminister Joschka Fischer, vermuteten Ausländerhaß als Motiv: „Auch wenn über die Täter und die Motive des mörderischen Bombenanschlags in Düsseldorf", so Fischer, „noch keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen, allein die Tatsache, daß Ausländerhaß als wahrscheinlichster Hintergrund erscheint, sollte uns aufschrecken".[12]

So wurde der Düsseldorfer Anschlag zum Ausgangspunkt für eine jener Kampagnen gegen Rechts, wie sie seit der Wiedervereinigung Deutschlands ritualhaften Charakter angenommen haben. Politiker von SPD, Unionsparteien, F.D.P. und Bündnisgrünen überboten sich in der Folge mit Forderungen, wie dem Rechtsextremismus am besten beizukommen sei. Um hier nur einige dieser Forderungen zu nennen: Das Bundesjustizministerium kündigte Maßnahmen gegen rechte Propaganda im Internet an. Der bayerische Innenminister Beckstein forderte ein Verbot der NPD. Aus seinem Urlaubsort auf Mallorca setzte sich Bundeskanzler Schröder für eine scharfe Verfolgung rechter Straftäter durch Polizei und Justiz, aber auch für eine Verstärkung der präventiven Maßnahmen ein. Die Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Ute Vogt (SPD), der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) und der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, verlangten eine zügige Bestrafung rechter Straftäter. Auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der F.D.P.-Innenexperte Jörg van Essen sprachen sich für sogenannte „Schnellgerichte" aus. „Wir sollten alles versuchen, die Strafe auf den Fuß folgen zu lassen", sagte Merkel im Südwestrundfunk.[13] Mit Innenminister Otto Schily und dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck plädierte der künftige deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dreßler (SPD), für die Einschränkung des Demonstrationsrechts Rechtsextremer. ÖTV-Chef Herbert Mai unterstützte den Aufruf des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, auffällig gewordene rechtsradikale Arbeitnehmer zu entlassen. Auch im öffentlichen Dienst seien ausländerfeindliche Äußerungen und Rechtsradikalismus ein Kündigungsgrund, sagte er gegenüber der Nachrichtenagentur *AP*. Mais Vorstoß wurde von Bundeskanzler Schröder ausdrücklich unterstützt, der die „gesellschaftliche Isolierung von Rechtsextremen bis hinein in die Betriebe" forderte.[14]

Zu einer neuerlichen Verschärfung der Kampagne führte der Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge. Der Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Frankfurt/Main, Salomon Korn, sah in dem Anschlag das gleiche Signal wie vor der sogenannten Reichskristallnacht 1938. Das Signal bedeute angeblich: „Juden gehören nicht zur deutschen Gesellschaft. Juden können niemals Deutsche werden. Und wir werden niemals Juden in dieser Gesellschaft als Deutsche akzep-

tieren.“[15] Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hatte bereits im August 2000 mit der Möglichkeit einer Auswanderung deutscher Juden gedroht. Spiegel erklärte wörtlich: „Eine weitere Eskalation der Gewalt von rechts könnte das jüdische Leben in Deutschland in Frage stellen. Wenn wir im Zentralrat der Meinung wären, daß die Lage in Deutschland für Juden lebensbedrohlich ist, dann würden wir ohne zu zögern unsere 85.000 Gemeindemitglieder zur Auswanderung auffordern.“[16]

Bundeskanzler Schröder prägte im Zusammenhang mit diesem Anschlag jene Formel, die fortan zum Synonym für den Kampf gegen alles, was rechts von den Unionsparteien steht, geworden ist. Schröder rief nach dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge den „Aufstand der Anständigen“ aus.[17] Wie dieser „Aufstand“ inhaltlich auszugestalten ist, erklärte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Rezzo Schlauch: Alles was von rechts komme, müsse „gnadenlos geächtet“ und „bekämpft“ werden.[18]

Auch im Fall des Brandanschlages auf die Synagoge in Düsseldorf wurden die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens nicht abgewartet, das dann in eine ganz andere Richtung wies. Entscheidend war auch hier, daß „Rechtsextremisten“ die Täter hätten sein können. Als Täter wurden schließlich ein 20-jähriger Deutscher marokkanischer Herkunft und ein 19-jähriger Staatenloser, der in Jordanien geboren wurde, überführt. Ihr Motiv: Haß auf Israel.[19]

Wer die „Rechtsextremen“ oder „Neo-Nazis“ im einzelnen sind, gegen die sich der „Aufstand der Anständigen“ richten soll, ist, sieht man einmal von den sogenannten „Skinheads“ ab, in der Regel unbestimmt. Nur die Berliner Tageszeitung *taz* machte eine Ausnahme. In ihrer Ausgabe vom 19./20. August 2000 wurden auf der Titelseite der Zeitung 22 „Akteure der rechtsradikalen Szene“, die mehrheitlich Angehörige der NPD sind oder waren oder deren Umfeld zuzurechnen sind, mit Foto abgebildet. Im Zweifelsfall ist der Indikator dafür, was rechts ist, das Verhältnis zu den Ausländern: „Wer gegen Multikulti ist, ist rechts.“ So äußerte sich *Welt*-Autor Matthias Fernandes in seinem Bericht über die Sendung „Live vom Alexanderplatz“ des Senders *TV Berlin*.[20] Einer der Mitdiskutanten, der Deutschland-Korrespondent der französischen Tageszeitung *Le Figaro,* Jean Paul Picaper, kam in dieser Diskussion zu folgender bemerkenswerten Einsicht. Picaper sieht in Deutschland eine „Propaganda gegen den Begriff ‚rechts‘ im Gange“, die gezielt die gesamte Rechte als „extremistisch“ diffamiere. Picaper wörtlich: „Es ist wie eine Lawine, eine Dampfwalze rollt durch das Land, die mir genauso viel Angst macht wie der Rechtsextremismus.“

Picaper hat mit dieser Äußerung bewußt oder unbewußt eine grundlegende Veränderung in der politischen Auseinandersetzung mit „den Rechten“ in Deutschland zur Sprache gebracht. Mehr und mehr hat sich der Extremismusbegriff nämlich von einer „verfassungsrechtlich orientierten Sicht“ hin zu einem Verständnis von Rechtsextremismus verändert, das nicht mehr auf Personen und Organisationen beschränkt ist, sondern, so der Politologe Hans-

Gerd Jaschke, „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen“ umfaßt.[21] Armin Pfahl-Traughber, seit 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz, konkretisierte diese veränderte Sichtweise wie folgt: Politischer Extremismus werde in der Politikwissenschaft nicht bezogen auf die Gegnerschaft zum Grundgesetz verstanden, „sondern ganz allgemein im Sinne der Gegnerschaft zu den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates *als einem auf den Menschenrechten gründenden Ordnungsprinzip.*“[22] Diese Sichtweise erlaube es, so Pfahl-Traughber, „jene analytisch zu erfassen, die zwar die Strukturen eines demokratischen Verfassungsstaates möglicherweise bestehen lassen, *das reale Umsetzen von dessen geistigen Grundlagen aber aufheben wollen*“. Hier hinein gehören nach Pfahl-Traughber auch „die diffusen Mentalitäten, emotionalen Relikte und Konstrukte des alltäglichen Lebens, die mit rechtsextremistischen Ideologieelementen vermengt sind“.

Der auf diese Weise entgrenzte Extremismusbegriff führt dazu, daß deutlich größere Teile der Bevölkerung als latent oder offen „rechtsextremistisch“ ausgewiesen werden können, als rechtsextremistische Organisationen an Mitgliedern und Wählern zählen. Diese Diagnose wird in der Regel als Begründung für immer weiter gehende edukatorische Programme herangezogen.

Der von Pfahl-Traughber skizzierte Ansatz, so schlußfolgert Christiane Hubo in ihrer Doktorarbeit,[23] ermöglicht es, daß „Positionen und Ziele, die nicht auf die Beseitigung zentraler Bestandteile der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtet sind, politisch am äußersten rechten Rand des Verfassungsrahmens eingeordnet“ werden, „wobei ‚fließende‘ Übergänge zum Rechtsextremismus“ behauptet werden. Damit gelingt es, politische Positionen zu erfassen und rechts einzuordnen, die nicht gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind, mit dem Ergebnis der kuriosen Konstruktion eines „Extremismus der Mitte.“[24] Genau dies insinuiert z.B. Bundestagspräsident Thierse, der behauptet, daß der Rechtsextremismus längst kein „Randphänomen der Gesellschaft“ mehr sei, sondern bis „weit in die Mitte“ hineinreiche.[25] Thierse darf sich inzwischen durch den Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, bestätigt sehen. Dieser ist der Überzeugung, daß Begriffe wie „Rechtsextremismus“, „rechte Gewalt“, „Neonazis“ o.ä. den Umstand verdecken, „daß diese Haltung längst ihren Platz auch in der gesellschaftlichen ‚alten‘ und ‚neuen Mitte‘ gegriffen“ habe. Deshalb fordert Sterzinksy, daß nicht nur Christen „Gewissenserforschung“ betreiben sollten.[26]

Die Schlußfolgerung, die Hubo zieht, spricht für sich: „Politische Kritik an etablierten politischen Meinungen kann so leichthin als rechtsextremistisch bewertet werden, mit der Folge, daß Kritik, die auf dem Boden der Verfassung steht, verfassungsfeindliches Bestreben wird.“[27]

Dieser Schritt ist nach Lage der Dinge nicht erst durch den Düsseldorfer Rohrbombenanschlag vollzogen worden. Die Schnelligkeit nämlich, mit der der

Anschlag von Düsseldorf zum Ausgangspunkt einer politisch gewollten und medial geschürten Kampagne wurde, deutet darauf hin, daß die Weichen zu dieser Kampagne bereits im Vorfeld gestellt worden waren. Etappen und Katalysatoren auf dem Weg hin zu dieser Kampagne waren, um hier nur die wichtigsten zu nennen, der Walser-Bubis-Streit, die Folgen des Regierungseintrittes der FPÖ in Österreich, die Beschlüsse zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf der EU-Ebene und die Holocaust-Konferenz in Stockholm. Diese Etappen stellen so etwas wie die diskursiven Rahmenbedingungen der laufenden Kampagne gegen Rechts in Deutschland dar. Sie außer acht zu lassen hieße, den Charakter der Auseinandersetzung nicht richtig zu erfassen.

Der Walser-Bubis-Streit

Wenn im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Rechts an dieser Stelle auf den Walser-Bubis-Streit im Jahre 1998 zurückverwiesen wird, dann vor allem deshalb, weil die Worte des Schriftstellers Martin Walser einen Widerspruch gegen bestimmte Sprachregelungen in Deutschland darstellten. Um an dieser Stelle noch einmal die inkriminierte Passage aus Walsers Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche in Erinnerung zu rufen:

„Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird. Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern? …

Kein ernst zu nehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen die Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."

Walser sprach im Hinblick auf die Reaktionen, die seine Rede ausgelöst hat, davon, noch nie so viel Zustimmung für eine Rede erhalten zu haben.[28] Gerade dies, so stand in der *Berliner Zeitung* zu lesen, schien den ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates der deutschen Juden, Ignatz Bubis, „besonders verletzt zu haben". Doch nicht nur Bubis, der Walser in der Folge „geistige Brandstiftung" vorhielt, war alarmiert. Auch diejenigen, die in Deutschland für die Durchsetzung der „politischen Korrektheit" einstehen, mußten sich herausgefordert sehen. Walsers Äußerungen tangierten nämlich eine Kerndomäne der „politischen Korrektheit": die Vergangenheitsbewältigung.[29] Wenn „politische Korrektheit" als „Herrschaft durch Sprache" verstanden werden kann, wie es z.B. der Schweizer Politologe Paul Ehninger nahelegt,[30] dann war durch die Rede Walsers dieser Herrschaftsanspruch bedroht. Insbesondere die Zustimmung und der Beifall, den Walser zunächst erhielt, deuteten darauf hin, daß bei einer möglichen positiven Rezeption der Walser-Rede, und danach sah es zunächst aus, die seitens der politischen Linken durchgesetzten Sprachregelungen brüchig werden könnten. Der ehemalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, hat diese Gefahr gesehen und sie in seiner Rede zum 60. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1998 unmißverständlich zum Ausdruck gebracht: „Besonders irritiert bin ich über eine ganze Reihe von Zuschriften, die überrascht waren, daß ich Walser so kritisiere, denn dieser habe doch bloß ausgesprochen, was die meisten ohnehin dächten. Walser und vielen

geht es dabei um eine ‚Normalität' … Normalität kann aber nicht bedeuten, die Erinnerung zu verdrängen und mit neuen Antisemitismen und einem neuen Rassismus, wie er bei rechtsextremen Parteien zum Tragen kommt, zu leben."

Die politische Linke schlug medial in der inzwischen bekannten Art und Weise zurück, um ihre Hegemoniestellung zu behaupten. So schrieb z.B. Thomas Assheuer unter bewußter Entstellung der Walserschen Intentionen in der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit:* „Kaum war die Bleidecke der Kohl-Republik gelüftet, unternahm Walser den polemischen Versuch, das kulturelle Gedächtnis der nationalstaatlichen Normalität anzupassen. In seiner Rede zum Frankfurter Friedenspreis forderte er, die wiedervereinigte Nation möge endlich einen Schlußstrich ziehen unter das öffentliche Gedenken an den Holocaust – und zwar nicht aus nationalen, sondern aus moralischen Gründen …"

„Zweifellos war Walsers Polemik durchsetzt mit Wendungen aus dem Vokabular der Neuen Rechten, und das Wort von der ‚Moralkeule' spielt auf einen rechtsradikalen Buchtitel an."

Weiter schrieb Assheuer: „Die Normalisierer, die die Geschichte wieder in Großbuchstaben schreiben, machen kein Hehl daraus, daß eine diffus beschworene ‚deutsche Kultur' durchaus geeignet sei, die Schande aus der Welt zu schaffen: Das Gedächtnis von Weimar obsiegt über die Erinnerung an Buchenwald. Nicht nur Walser träumt von der wiedergewonnenen Bejahung der Welt, von der plastischen Kraft ihrer Bewohner, die unbelastet von der Erinnerung in die Gegenwart eintreten, um dort das Wohl und Wehe ihrer von Schande befreiten Existenz zu ‚buchstabieren'."[31]

Es bedarf wohl kaum des Beweises, daß es Walser in seiner Rede gerade *nicht* darum ging, daß der Holocaust verdrängt oder vergessen werde, sondern vielmehr darum, aufzuzeigen, wie dieser in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert wird. Die dadurch erzwungene Diskurs-*Apartheid,* die zwischen korrekter und unkorrekter Holocaust-Rezeption zu unterscheiden trachtet, brachte der Stuttgarter Sozialphilosoph Günter Rohrmoser wie folgt auf den Punkt: „Es ist eine der verhängnisvollsten Auswirkungen der Diskussion um den Holocaust, daß inzwischen jede patriotische und normale nationale Regung und Empfindung diskriminiert wird, daß jede Sorge, die die Deutschen um ihre kollektive Zukunft und Identität äußern, als Ausdruck eines extremen Nationalismus verstanden wird, der, wie man suggeriert, zwangsläufig zu einer Wiederholung des Holocaust führen müsse."[32]

Daß Rohrmoser hier mit seiner Einschätzung richtig liegt, zeigt eine Einlassung des Holocaust-Forschers Jehuda Bauer: „Der Holocaust", so Bauer, „bewirkte eine pro-jüdische Reaktion bei einer großen Zahl von Nichtjuden … Eine Rückkehr zur ‚Normalität' hinsichtlich der Juden erfordert die Zerstörung der durch den Holocaust bewirkten Haltung des Mitgefühls … Das wird durch die Behauptung erreicht, der Holocaust sei … etwas gewesen, das vielen Millionen anderer (Nichtjuden, d.V.) geschehen sei … Der Holocaust ver-

schwindet, verflacht …, und eine ‚normale' Haltung des Anti-Judentums wird wieder möglich."[33]

Daß für Deutschland eine Rückkehr zur „Normalität" ausgeschlossen wird, verdeutlichte der derzeitige Außenminister Fischer in seiner Rede „Remembrance and Responsibility: There is no ‚moral closure' for the Holocaust" am 11. September 2000 in New York, als er anläßlich des *Partners in History*-Dinners des World Jewish Congress feststellte: „Der Ursprung und das Selbstverständnis der gegenwärtigen deutschen Demokratie sind nur vor dem Hintergrund des Holocaust zu verstehen." Deswegen, so Fischer weiter, besteht die „moralische Verantwortung" fort und wird die „deutsche Politik im Innern unseres Landes und auch nach außen prägen". Diese „Verantwortung für die eigene Geschichte" muß sich auch „an der ganz konkreten Herausforderung einer offenen, liberalen Gesellschaft" bewähren: „Aus dieser Verantwortung heraus sagen wir allen Formen von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit den entschiedenen Kampf an."[34]

Was es heißt, die Sprachregelungen im Hinblick auf die Holocaust-Erinnerung nicht einzuhalten, hat Walser in aller Deutlichkeit zu spüren bekommen. Diese Erinnerung schließt in der Tat jede zaghafte nationale Regung in Deutschland aus, weil diese, wie oben deutlich geworden ist, als Ausdruck von „Normalität" ausgelegt wird. Deswegen müssen Walsers Äußerungen aus jüdischer Sicht in der Tat einer „geistigen Brandstiftung" gleichkommen. Diese Sicht unterstrich nochmals Paul Spiegel in seiner Rede zum 50-jährigen Bestehen des Zentralrates der Juden. Spiegel behauptete, daß die Zahl der Antisemiten in Deutschland, die derzeit bei 20 Prozent der Bevölkerung liegen soll, allmählich abnehme. Doch der Antisemitismus werde offener ausgesprochen als früher. Das gelte nach der Rede des Schriftstellers Martin Walser über die „Banalität des Guten" auch für manche Intellektuelle, Politiker und Wirtschaftsführer.[35] Zwei Wochen später sprach Spiegel im Zusammenhang mit einer Preisverleihung an Walser von einem „Flächenbrand", den dieser mit seiner Frankfurter Rede „bewußt" ausgelöst haben soll.[36]

„Flächenbrand" bedeutet hier: Mögliche Aufkündigung des „moralischen" oder „öffentlichen Konsens", für den der Holocaust eine Art Letztbegründungsinstanz darstellt. Daß dem Holocaust diese Rolle mehr und mehr zuwächst, machte z.B. die Holocaust-Konferenz in Stockholm deutlich.

Die Holocaust-Konferenz in Stockholm

Drei Tage lang seien die maßgeblichen Nationen Europas auf der „Holocaust-Konferenz“ in Stockholm auf der Suche „nach einer öffentlichen Moral gewesen“ gewesen, so der *Zeit*-Autor Werner A. Perger. Sie seien auf der Suche „nach der eigenen Geschichte gewesen“. Danach, wie man die Erinnerung an das „monströseste Verbrechen des 20. Jahrhunderts“ für unsere demokratischen Gesellschaften „nutzbar“ machen könne.[37]

Der Ausgangspunkt für die Einberufung einer internationalen Holocaust-Konferenz in Stockholm war der Beschluß des schwedischen Premierministers Persson, des britischen Premierministers Blair und des ehemaligen Präsidenten der USA, Bill Clinton, eine Expertengruppe für die internationale Kooperation von Holocaust-Erziehung, -Erinnerung und -Wissenschaft einzurichten.[38]

Der Zweck der Konferenz, so steht in der offiziellen Veranstaltungs-Broschüre zu lesen, sei es, die Erinnerung an den Holocaust zu tradieren und die Erziehung und Wissenschaft über dieses dunkle Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu unterstützen. Die Hoffnung bestehe darin, daß die Diskussionen auf dieser Konferenz einen Beitrag dazu leisten, daß unsere Gesellschaften besser als bisher in die Lage versetzt werden, Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz, wie sie sich in der modernen Welt zeigen, zu bekämpfen.[39] Was hier konkret gemeint ist, brachte der ehemalige Finanzstaatssekretär Stuart E. Eizenstat in seiner Rede *Holocaust Education can help young People* auf den Punkt: „Wenn wir unsere Zivilisation schützen wollen, müssen wir unsere Gesellschaften von Rassismus, Antisemitismus, ethnischen Säuberungen, Fremdenfeindlichkeit oder Nazismus freihalten. Personen, die derartige Auffassungen verbreiten, müssen mit Sicherheit damit rechnen, daß sie keinerlei Sympathie bei ihren Regierungen finden werden und daß ihre Ansichten mit Leidenschaft durch unsere Schulen, Kirchen, sozialen Organisationen und Regierungen bekämpft werden.“[40]

Bei der Abschlußpressekonferenz am 28. Januar 2000 konkretisierte Eizenstat Ziele und Absichten der Konferenz:

„Diese Konferenz wird uns im Kampf gegen den historischen Revisionismus helfen, wird uns helfen bei der Bekämpfung von Neo-Nazi-Aktivitäten in unseren Ländern, und wird bei der Holocaust-Erziehung künftiger Generationen helfen, wenn keine lebenden Zeugen mehr da sein werden. Aber diese Konferenz geht noch weiter. Darüber hinaus lieferte die Konferenz *ethische, moralische und praktische Lehren für das 21. Jahrhundert …*“[41]

„Eine Lehre dieser Konferenz sei die Tolerierung von Unterschieden; darüber hinaus lernten wir auch einiges über die Gefahren der Indifferenz von Staaten und Individuen …“

Und weiter: „Die Erklärung von Stockholm verpflichtet sechsundvierzig

Staaten, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Sie verpflichtet diese Staaten weiter, die Holocaust-Erziehung, -Erinnerung und -Wissenschaft zu fördern bzw. desweiteren einen Holocaust-Gedenktag einzuführen und alle Archive und Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich zu machen."[42]

So uneigennützig, wie es den Anschein hatte, war der sozialdemokratische schwedische Ministerpräsident Göran Persson bei der Ausrichtung der „Holocaust-Konferenz" allerdings nicht. Laut *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* hätten die Schweden in erster Linie nach Möglichkeiten gesucht, dem gleichen Schicksal wie die Schweizer Eidgenossen zu entgehen. Gemeint ist hier die sogenannte Nazi-Gold-Affäre und der Vorwurf der Kollaboration mit den Nationalsozialisten an die Adresse der Schweiz. Die schwedischen „Nazi-Kollaborateure" hätten laut *NZZ* aus den NS-Gold-Kalamitäten der Schweizer gelernt und daraus ihre Schlußfolgerungen gezogen.[43] Bereits im Mai 1998 gründeten die Schweden zusammen mit England und den USA eine „Task Force zur Aufrechterhaltung des Holocaust-Bewußtseins". Auf diese Weise rückte Schweden in den Status einer „moralischen Großmacht".[44] Welche Vorteile dieses Großmacht-Dasein hat, liegt auf der Hand. Zum einen muß man sich von niemandem mehr in seine inneren Angelegenheiten hereinreden lassen. Zum anderen aber kann man jedem anderen hineinreden, wie die Münchner Zeitschrift *GegenStandpunkt* richtig vermerkte. Was dies konkret heißt, wird im Hinblick auf die osteuropäischen Beitrittskandidaten zur EU deutlich: Den östlichen Staaten wurde „insgesamt beschieden, ihre Vergangenheitserforschung sträflich vernachlässigt und ihren Geschichtsbüchern die fällige Revision vorenthalten zu haben. Das kleine Litauen und seine Nachbarn werden zum x-ten Mal an ihre Kollaboration mit den Nazis erinnert, was für diese Staaten eine besondere Mahnung enthält".[45] Vor diesem Hintergrund stellt die anläßlich der Holocaust-Konferenz verabschiedete „Erklärung von Stockholm" so etwas wie die Gründungsurkunde einer politisch korrekten antifaschistischen Internationale dar. Deren Moralkodex ist so absolut, daß dieser als Freibrief für die Ignorierung der Rechte fremder Souveräne gedeutet wird. Dies wurde spätestens mit den Sanktionen im Zusammenhang mit dem Regierungseintritt der FPÖ in Österreich augenfällig.

Die Sanktionen gegen die österreichische ÖVP/FPÖ-Regierung

Anfang Februar 2000 erklärte EU-Kommissar Günter Verheugen in einem Interview, daß die 14 Staats- und Regierungschefs, die Österreich Sanktionen angedroht hätten, „unmißverständlich klargemacht" hätten, „daß ein bestimmter Typ von Parteien in Europa politisch geächtet ist".[46] Auf die Frage, ob das die europäische Innenpolitik der Zukunft sei, erklärte Verheugen: „Ja. Es zeigt sich, daß Europa schon viel enger zusammengewachsen ist, als viele meinen." Welchen „Typus von Partei" Verheugen in seinem Interview gemeint hat, ist offen geblieben. Die Konkretisierung blieb den Vertretern der damaligen Opposition und Koalition in Israel vorbehalten, die beim österreichischen Botschafter in Israel vorsprachen. Diese erklärten: „Haider ist ein Nachkomme Hitlers." Und: „Mit Haider verläßt Österreich die Völkergemeinschaft."[47]

Die israelischen Politiker konnten sich durch einen Kommentar des Auslandsösterreichers Robert Fleck, ehemaliger Bundeskunstkurator unter dem sozialdemokratischen Kanzler Vranitzky, bestätigt sehen, der am 8. Februar 2000 in der französischen Tageszeitung *La Liberation* für folgenden Kommentar verantwortlich zeichnete: „Entgegen vieler Illusionen, selbst unter den österreichischen Linken, ist die FPÖ keine harmlose, demokratische Partei, sondern eine der härtesten faschistischen Formationen Europas …, die direkte Fortsetzung der Nationalsozialistischen Partei … Die Reaktionen der westlichen Demokratien zeigen deutlich, daß es diesen letztendlich um die Wiederaufnahme des im Frühjahr 1945 abgebrochenen Kampfes gegen den Nationalsozialismus geht."

Der Ausgangspunkt für die in der Geschichte der EU einzigartige Kampagne gegen eine demokratisch legitimierte Regierung soll die oben angesprochene Holocaust-Konferenz in Stockholm gewesen sein. So schrieb beispielsweise Karl-Peter Schwarz in der österreichischen Tageszeitung *Die Presse:*

„Vieles deutet darauf hin, daß sich nicht nur Klestil, sondern auch der frühere Kanzler Klima auf der Stockholmer Holocaust-Konferenz darum bemüht hat, im Ausland Unterstützung gegen eine ÖVP/FPÖ-Regierung zu finden. Für die SPÖ stand schließlich alles auf dem Spiel. Man darf nicht übersehen, daß in Österreich in diesen Tagen nicht nur eine Regierung, sondern ein seit dreißig Jahren bestehendes System abgelöst wurde."[48]

Schwarz' Beitrag verdient eine nähere Betrachtung, weil er die tatsächlichen Hintergründe der antifaschistischen Erregung gegen Österreich offenlegt. Er stellt in den Mittelpunkt seiner Überlegungen das Verhältnis von FPÖ und SPÖ vor und seit Haider. Bevor Haider den Vorsitz der FPÖ übernahm, gab es eine offene parlamentarische Unterstützung der SPÖ, die dann in eine kleine Koa-

lition zwischen SPÖ und FPÖ mündete. „Die Ausgrenzung der FPÖ unter Haider begann erst dann, als sich Haider offen gegen die ‚sozialdemokratische Erbpacht' wandte. Der SPÖ sei es in dreißig Jahren Kanzlerschaft und Alleinherrschaft in einigen Ministerien gelungen, die Republik in eine sozialdemokratische Bundeserziehungsanstalt umzumodeln, die sich mit nichts vergleichen läßt, was es in Europa sonst noch an Modellanstalten des Sozialingenieurswesen geben mag … Eine ganze Generation von Österreichern, Unternehmer eingeschlossen, wurde im Geist des paternalistischen, sozialdemokratischen Etatismus erzogen und verbogen. Es entstand eine riesige, sündhaft teure Umverteilungsmaschinerie, welche die Unternehmen wie die Bürger auf unzumutbare Weise belastet, die Sozialbürokratie aufbläst und die Gelder von Hinz zu Kunz und von Kunz zu Hinz verschiebt."

Schwarz räumt ein, daß es natürlich zu weit gehen würde, würde man die internationalen Reaktionen gegen Österreich nur als Ergebnis einer innerösterreichischen Intrige deuten.

„Das österreichische Intrigenspiel", so Schwarz, „war nicht viel mehr als der willkommene Anlaß für ein vielschichtiges ideologisch-politisches Manöver, bei dem es um Österreich am allerwenigsten geht. … *Wird Österreich geprügelt, um den Deutschen die Rute ins Fenster zu stellen?*[49] Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Krise des bürgerlichen Lagers in Deutschland, verursacht durch die Spendenaffäre der CDU, und den heftigen internationalen Reaktionen auf den Regierungswechsel in Österreich?"

Daß „die Deutschen" die „Rute in ihrem Fenster" zu deuten gewußt haben, davon legt das Verhalten von Bundeskanzler Gerhard Schröder beredtes Zeugnis ab. Dieser profilierte sich laut *Spiegel* vom 7. Februar 2000 als „Leitstimme im Chor der EU-Rigoristen". Derselbe *Spiegel*-Artikel gab einen interessanten Einblick hinter die Kulissen der Holocaust-Konferenz, als er feststellte: „Aufgeschreckt war Gerhard Schröder am Abend des 26. Januar aus Stockholm vom Internationalen Holocaust-Forum zurückgekehrt. Auf dem gab es – völlig ungeplant – nur ein herausragendes Thema: den drohenden Machtantritt eines Schattenkanzlers Haider … Der Kanzler telefonierte quer durch Europa, um zu einer gemeinsamen europäischen Linie zu kommen."[50]

Der Europaparlamentarier Bernd Posselt stellt in diesem Zusammenhang fest: Am Fall Österreich entzündeten sich „gewisse antideutsche Emotionen. Wer die französische und belgische – hier vor allem wallonische – Presse in den ersten Monaten des Jahres 2000 studierte, mußte den Eindruck haben, in Österreich habe die NSDAP die Macht ergriffen. Haider mit Hakenkreuzbinde als Karikatur auf der Titelseite von *Le Monde* vom 3. 2. 2000 – dies war blanke Hetze, die mit der österreichischen Realität nichts zu tun hatte, aber das linksintellektuelle Westeuropa in Wallung brachte."[51]

Daß das „linksintellektuelle Europa" den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auf EU-Ebene inzwischen als „pädagogische

Anstrengung von der Kindheit bis in den Tod“ (Albert Memmi) betreibt, davon legen die vielen „antirassistischen“ Initiativen der EU-Kommission ein beredtes Zeugnis ab.

Die Antirassismus-Initiativen der EU

Der französische Sozialwissenschaftler Albert Memmi schreibt in seinem Buch *Rassismus* (Frankfurt/Main 1992), daß die „Aufdeckung des Rassismus vor allem in uns selbst, um ihn in unserem eigenen Verhalten zu bekämpfen, der beste Weg ist, um schließlich seinen Rückgang bei anderen zu erreichen. Er ist eine Vorbereitung und zugleich der Preis, den wir von vornherein entrichten müssen. Der Antirassismus ist zunächst eine geistige Hygiene". Weiter schreibt Memmi, der „Kampf gegen den Rassismus erfordert eine fortwährende pädagogische Anstrengung von der Kindheit bis in den Tod."[52]

Memmi wird eine Art Interpretationsprivileg im Hinblick auf den Begriff „Rassismus" zugeschrieben.[53] Ihm zufolge ist Rassismus als „pauschale Bewertung real oder lediglich im Vorurteil existierender Unterschiede zwischen Menschen zum Vorteil des Betrachters und zum Nachteil des Opfers" zu bestimmen. Diese Unterschiede soll der „Rassist", so wie ihn Memmi definiert, vor allem an drei Punkten festmachen: Einmal gebe es aus Sicht des Rassisten „reine" Rassen, die deshalb von anderen unterschieden sind. Diese „reinen Rassen" seien anderen biologisch überlegen. Diese Überlegenheit äußere sich aus Sicht des Rassisten in psychologischer, gesellschaftlicher, kultureller oder geistiger Hinsicht. Diese Aspekte der Überlegenheit erklärten und legitimierten die Herrschaft und die Privilegien der „höherstehenden Gruppe".

Die „pädagogische Anstrengung von der Kindheit bis in den Tod" zur Bekämpfung des „Rassismus", die von Memmi eingefordert wird, hat in der Europäischen Union eifrige Rezipienten gefunden. Inzwischen gibt es eine nicht mehr zu überblickende Flut von Aktionsprogrammen und -plänen, Richtlinienentwürfen und Beobachtungsstellen, die alle nur einem Ziel dienen: den angeblich überall in der EU grassierenden Rassismus endlich mit Stumpf und Stiel auszurotten. So stellt zum Beispiel der „Aktionsplan gegen Rassismus" vom 25. März 1998 fest, daß das Fortbestehen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus überall in der Europäischen Union ein „großes Problem"[54] darstelle.

Als Beleg für diese Behauptung wird die Euro-Barometer-Meinungsumfrage von 1997 herangezogen, nach der sich rund ein Drittel der Befragten als „ziemlich rassistisch" oder „sehr rassistisch" bezeichnet haben sollen. Was hier im einzelnen unter „rassistisch" zu verstehen ist, wird freilich nicht weiter definiert. Aus der Sicht der europäischen Institutionen sind fragwürdige Umfrageergebnisse wie das genannte Anlaß und Grund für weitreichende Erziehungsprogramme, für die der Amsterdamer Vertrag die Rechtsgrundlagen geschaffen hat.

Die sogenannte Antidiskriminierungsklausel in Artikel 13 des Amsterdamer Vertrages eröffnet die Möglichkeit, „geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen

Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission zu bekämpfen“.

Dem edukatorischen Aspekt, den Memmi so dringend empfiehlt, haben die sich derzeit noch im „Geschäftsgang“ befindlichen Richtlinienvorschläge der EU-Kommission Rechnung getragen. So steht im Begründungsteil des Vorschlages für eine „Richtlinie des Rates zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ vom 25. November 1999 zu lesen, „daß mit Antirassismusgesetzen die Einstellungen der Menschen nachhaltig beeinflußt werden können“. Noch eindeutiger sind die Auskünfte in der „Mitteilung der Kommission über bestimmte Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen“ vom selben Tage, in der ausgeführt wird, daß Diskriminierungsverbote ein wesentlicher Bestandteil einer wirksamen Strategie seien, „mit der ein *Wandel der Einstellungen und Verhaltensweisen*[55] erreicht werden soll, da solche Verbote unmißverständlich deutlich machen, welches Verhalten in der Gesellschaft akzeptiert wird und welches nicht“. Diese Verbote alleine reichten aber nicht aus, sie müßten durch konkrete Rechtsvorschriften ergänzt werden, „die es den Akteuren ermöglichen, aus Erfolgen und Mißerfolgen anderer zu lernen und darauf aufzubauen, wenn sie mit eigenen Aktionen auf lokaler Ebene … gegen Diskriminierungen vorgehen“.

Weiter wird in dem Richtlinienentwurf darauf verwiesen, daß deutlich gemacht werden müsse, wie wichtig es sei, „die Bekämpfung des Rassismus zu einer Querschnittsaufgabe der gesamten europäischen Politik zu machen“. Angestrebt wird eine Partnerschaft zwischen den europäischen Institutionen und „sämtlichen Akteuren, sowohl auf der Ebene der Regierungen als auch auf Nichtregierungsorganisationen, die durch entsprechende legislative Maßnahmen zu begleiten sind. Die Notwendigkeit dieser Querschnittsaufgabe wird so begründet: „Die Kommission teilt die Auffassung, daß möglichst viele Bereiche erfaßt werden müssen, wenn man einen signifikanten Beitrag zum Abbau von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa leisten will. Die Europäische Union hat erkannt – nicht zuletzt im Kontext einer koordinierten Beschäftigungsstrategie –, daß eine Teilhabe am wirtschaftlichen Leben häufig Vorbedingung für eine erfolgreiche weitergehende soziale Eingliederung“ sei. Dabei falle auch den Sozialschutzsystemen eine „fundamentale Rolle“ zu, die den sozialen Zusammenhalt gewährleisteten. Begründung: „Diskriminierungen in bezug auf den Zugang zu Sozialleistungen und anderen Formen der Unterstützung im Rahmen der Sozialschutzsysteme leisten einer Marginalisierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten und Menschen mit Zuwanderer-Herkunft Vorschub.“

Alle diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, „soziale Ausgrenzung zu vermeiden und eine Teilhabe am sozialen Leben sicherzustellen“. Weiter soll gewährleistet werden, daß die Unternehmen die qualifiziertesten Mitarbeiter zur

Verfügung haben, „was wiederum zur Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen und der Wirtschaft generell beiträgt“. Da die Kommission aber den Arbeitgebern offensichtlich nicht über den Weg traut, verlangt sie von diesen in ihrem Richtlinienvorschlag, daß diese ihre Entscheidungen hinsichtlich Personaleinstellungen, Beförderungen oder Zugang zu berufsbildenden Maßnahmen zu begründen haben. Als Argument für diese inquisitorische Maßnahme wird bezeichnenderweise die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ethnischer Minoritäten in der EU angeführt. Was hier nahegelegt wird, liegt auf der Hand: Die Angehörigen ethnischer Minoritäten sind nicht arbeitslos, weil sie aufgrund ihrer oft niedrigen Qualifizierung nicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind, sondern weil sie „ausgegrenzt“ werden.

Neu ist diese Form von bevormundender Sozialplanung nicht. Sie hat ihre Ursprünge in den USA, wo sie als *social engineering* in den sechziger Jahren angestoßen wurde. An die Stelle des Sozialforschers als „Arztes der Gesellschaft“, der in den USA das Bild prägte, treten jetzt die Institutionen der EU als vermeintliche Bürgerrechtsbewegung von oben.

Um die genannten Ziele umsetzen zu können, wird das hochsubventionierte antirassistische Netzwerk immer enger gesponnen. Dabei spielen Nichtregierungsorganisationen (NRO) eine tragende Rolle, weil sie, laut „Aktionsplan gegen Rassismus“ „die Aktionen an der Basis fördern“ und gleichzeitig dafür sorgen, „daß die Rassismusproblematik nicht von der politischen Tagesordnung verschwindet“. Daß sie nicht von der „politschen Tagesordnung“ verschwindet, ist wiederum hinreichender Grund für die Dauersubventionierung antirassistischer NRO.

Im Zusammenhang mit den NRO ist z.B. das Kompendium über die „Pilotprojekte zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie zur Integration ethnischer Minderheiten“ vom Januar 2000 aufschlußreich (Hrsg.: Generaldirektion V, Beschäftigung und Soziales). In diesem Kompendium findet sich ein Überblick über „antirassistische“ Projekte von NRO, die mit EU-Mitteln (und damit vorrangig gerade auch mit deutschen Steuergeldern) gefördert werden. Unter diesen Projekten findet sich u.a. ETHNICPLUS, worunter ein mittelfristiges portugiesisches Projekt „zur Förderung der sozialen Integration in multikulturellen Gemeinden in Europa durch die Anregung ethnischer Minderheiten zur Unternehmertätigkeit in der Privat- und Solidarwirtschaft“ zu verstehen ist.

Oder das englische Projekt „Nachrichtendienst ohne Grenzen“, das unter der Rubrik „Entwicklung von Methoden zur Unterstützung von Presse und Medien im Hinblick auf deren Beitrag zur Bekämpfung des Rassismus“ läuft. Die Medien werden laut „Aktionsplan gegen Rassismus“ als wichtige Partner angesehen, „denn sie müssen zum einen über die Gefahren des Rassismus informieren und gleichzeitig sicherstellen, daß dabei keine stereotypischen Darstellungen und Vorurteile transportiert werden“.

Es überrascht daher nicht, daß es Ziel des angesprochenen „Nachrichtendienstes für Lokalsender“ ist, sich an bestimmte Bevölkerungsgruppen zu wenden, „um ihnen eine Ausweitung ihrer Berichterstattung über antirassistische Themen in Europa zu ermöglichen und die Verbindung zur Antirassismusbewegung zu verstärken“. Für das auf 108.440,42 Euro taxierte Projekt gewährt die EU den Zuschuß von 97.596,00 Euro. Dazu passend wird die Auslobung eines Preises für Toleranz im Journalismus des in Brüssel ansässigen Internationalen Journalistenverbandes (IFJ) gefördert. Dieses Projekt strebt die Auszeichnung eines „Qualitätsjournalismus“ an, der einen „Beitrag zum besseren Verständnis innerhalb der multikulturellen Gesellschaft Europas“ leistet. Unter den „erwarteten Projektergebnissen“ steht zu lesen: Das Projekt „wird Journalisten zum Engagement im Kampf gegen Rassismus ermutigen“.

Als weiteres Beispiel sei ein Projekt zur „Aufdeckung diskriminierender Praktiken gegenüber schwarzen sowie ethnischen Minderheiten angehörenden Fach- und Führungskräften“ angeführt, das mit 90.000 Euro unterstützt wird. Initiator dieses Projektes ist die in London ansässige Organisation „Runnymede Trust“, die feststellt, daß „schwarze und ethnische Minderheiten unter den Fachkräften“ und in höheren Führungspositionen in Europa nach wie vor „unterrepräsentiert“ seien. Auf kritische Nachfrage werde, so die Auskunft von Runnymede Trust, häufig vorgebracht, „es gebe nicht genügend qualifizierte Schwarze und Angehörige ethnischer Minderheiten, die solche Positionen einnehmen könnten“. Dem will das Projekt Abhilfe schaffen und den Anteil schwarzer sowie anderer ethnischer Minderheiten in qualifizierten Berufen rasch steigern. Dafür soll eine europäische Konferenz über „Praktiken bei der Beschäftigung von Schwarzen und Angehörigen ethnischer Minderheiten“ einberufen werden.

Über all dem thront gemäß Verordnung 1035/97 des Rates die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien, der weitreichende Aufklärungs- und Koordinierungsaufgaben zukommen. Aufgabe dieser Beobachtungsstelle (EUCM), die am 7. April 2000 in Wien eröffnet wurde, ist die Untersuchung von „Ausmaß und Entwicklung der Phänomene und Erscheinungsformen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Ins Leben gerufen wurde EUCM allerdings schon im Juni 1997 im Rahmen des bereits angesprochenen „Europäischen Jahres gegen Rassismus“. Zu den Aufgaben von EUCM gehört die Speicherung und Analyse von Daten, die ihr von Forschungszentren, Mitgliedstaaten, den Gemeinschaftsorganen, internationalen Einrichtungen und nichtstaatlichen Organisationen übermittelt werden. Um die Überwachung zu perfektionieren, soll EUCM desweiteren ein „Europäisches Informationsnetz über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ (RAXEN) einrichten und koordinieren, das mit nationalen Universitätsforschungszentren, Nichtregierungs- und internationalen Organisationen zusammenarbeitet. Schließlich gehört es zu den Aufgaben von EUCM, Forschungsarbeiten durchzu-

führen und wissenschaftliche, vorbereitende „Machbarkeitsstudien" zu erstellen, Fachtagungen zu organisieren sowie einen jährlichen Bericht zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gemeinschaft vorzulegen.

Der vor kurzem veröffentlichte erste Jahresbericht (1998) zeigt bereits, was von EUCM zu erwarten ist. Ganz Europa sei, so der Tenor des Berichtes, von einem Anstieg des Rassismus bedroht. Daß die flächendeckende Überwachung noch nicht so recht funktioniert, wird eingeräumt. Es seien nur öffentlich gewordene Fälle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit berücksichtigt worden, heißt es in dem Bericht. Dennoch ist die Datengewinnung beeindruckend ausgefallen: Frankreich zum Beispiel hatte, so steht in dem Bericht zu lesen, 165 Einschüchterungsversuche (Drohungen, Graffiti, Flugblätter, Beleidigungen, kleinere Straftaten) zu verzeichnen, davon 81 antisemitische. Und das allerbedenklichste: 67 Prozent der Franzosen sprachen sich in einer nationalen Umfrage für eine strengere Kontrolle der Einwandererströme aus, 24 Prozent seien sogar Verfechter einer vollständigen Schließung der Grenzen.

Selbst das angeblich liberale Dänemark ist rassistisch durchseucht, weil in dänischen Unternehmen 28 Prozent der Ausländer zwischen 25 und 49 Jahren keine Arbeit finden würden, „mit Spitzenwerten von 35 Prozent bei Türken und Pakistani und 60 Prozent bei den erst vor kurzem eingewanderten Personen zum Beispiel aus Somalia". Empört zeigt sich der Bericht darüber, daß sich beispielsweise in Portugal „ein hoher Prozentsatz der Roma und der Afrikaner im Gefängnis befindet oder das staatliche Mindesteinkommen" erhalte. Dies impliziert, daß afrikanische und Roma-Straftäter deshalb kriminell sind, weil sie „ausgegrenzt" und im Hinblick auf staatliche Alimentierungsleistungen „diskriminiert" werden.

Beate Winkler, Direktorin von EUCM, will hier Abhilfe schaffen. Winkler charakterisierte ihre Mission wie folgt: Sie wolle mit ihrer Arbeit „Europa eine Seele geben". Die Hauptgefahr sieht Winkler „in der schleichenden Banalisierung und Gewöhnung an rechtspopulistische Inhalte". „Statt in den anderen Feinde oder Neider zu sehen", so Winkler in der *Süddeutschen Zeitung* vom 5. April 2000, „sollten die Europäer die grandiosen Möglichkeiten der Vielfalt erkennen".

Daß der EUCM die (antirassistische) Arbeit nicht ausgehen wird, zeigten die Ergebnisse einer EUCM-Umfrage, die Mitte April 2001 vorgestellt worden sind. „In den neuen (Bundes-, d.V.) Ländern", so eine *dpa*-Meldung, „betrachten laut Studie 26 Prozent der jungen Menschen Minderheiten eher als ‚störend' und nicht als ‚Bereicherung' der Gesellschaft. Im Westen seien es nur 13 Prozent. Dagegen werden im Osten nur 13 Prozent der Senioren (ab 55 Jahren) als ‚intolerant' gegenüber Einwanderern eingestuft – im Westen sind es 26 Prozent."[56] Dramatisch dürfte allerdings folgende Erkenntnis der Umfrage sein: Nur jeder vierte Westdeutsche (24 Prozent) und jeder fünfte Ostdeutsche (21 Prozent) empfinde die Anwesenheit von Menschen aus verschiedenen Minderheiten in seiner Nachbarschaft „nicht als störend".

Ex-DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck, der die Ergebnisse der Umfrage zusammen mit Beate Winkler vorstellte, führte die größeren Vorbehalte im Osten gegenüber Minderheiten „auf die viel geringere Erfahrung der Menschen mit einer Zivilgesellschaft zurück. Zehn Jahre seit der Einheit seien zu kurz, *um Einstellungen und Verhaltensweisen dauerhaft zu verändern.*“[57]

Notwendig seien nach Gauck „klare Orientierungen“ und die „überzeugende Botschaft“, daß die „Zuwanderung von Ausländern für *die Gesellschaft* eine positive Bereicherung“ darstelle.[58]

Welchen Zwecken die Initiativen der EU wirklich dienen, hat der bereits zitierte Bernd Posselt MdEP wie folgt beschrieben: „Immer häufiger verabschiedet das Europäische Parlament Berichte über die Gefahren des Rechtsextremismus, Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie. Diese Themen werden *systematisch mißbraucht,* um linke Ideologien mehrheitsfähig zu machen. Ausdruck dessen war etwa der Rassismusbericht der linksliberalen, mit Sozialisten, Kommunisten und Grünen koalierenden Baroneß Ludford, der gerade rechtszeitig zur Anti-Österreich-Kampagne fertig wurde. Darin wird Patriotismus als eine der Ursachen des Rassismus dargestellt und die Auflösung der ‚weißen Kernkultur‘ Europas gefordert. Den Begriff ‚Nation‘ müsse man so umdefinieren, daß damit ‚die Gemeinschaft innerhalb der Gerichtsbarkeit des Staates gemeint ist‘, und *zur faktisch unkontrollierten Zuwanderung übergehen.*“[59]

Sebnitz: Ein antifaschistischer „Blowback“[60]

Bei der „Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen“ hat das Massenblatt *Bild-Zeitung* von jeher eine zentrale Rolle gespielt. Um so ärgerlicher dürfte es für die Initiatoren der Anti-Rechts-Kampagne gewesen sein, daß ausgerechnet die *Bild-Zeitung* zum Ausgangspunkt einer unerwünschten Glaubwürdigkeitskrise der Kampagne geworden ist. Es ist noch gar nicht so lange her, da war das „bürgerlich-reaktionäre“ Boulevard-Blatt *Bild-Zeitung* ein Zielobjekt gesellschaftlicher Verachtung und Geringschätzung. Diese Verachtung rührte insbesondere von den Studentenunruhen des Jahres 1968 her. Die *Bild* als Speerspitze der Springer-Presse wurde damals als Zentralorgan der Reaktion gedeutet. Diese Sichtweise erhielt ihre „empirische“ Untermauerung, als Günter Wallraff, der Stasi-Kontakten verdächtigt wird, im ersten Halbjahr des Jahres 1977 unter dem Pseudonym „Hans Esser“ bei der *Bild*-Zeitungsredaktion in Hannover zunächst unerkannt als Bildredakteur „Aufklärungsarbeit“ leistete. Wallraff bestätigte in seinem Buch *Der Aufmacher* (1977) die linken Ressentiments gegen das Boulevardblatt.

An diesem Bild änderte sich bis zum 20. September 1991, jenem Tag, an dem im sächsischen Hoyerswerda „ausländerfeindliche“ Unruhen ausbrachen, nichts wesentliches. Auf Hoyerswerda folgte eine ganze Reihe von Brandanschlägen auf Asylbewerberheime.

Zur Erinnerung: 256.112 Asylbewerber kamen 1991 nach Deutschland, 438.191 sollten es im Jahre darauf sein. Die *Bild-Zeitung* hatte sich vor Hoyerswerda massiv an der Kritik an dem offensichtlichen Asylmißbrauch beteiligt. Dieses Engagement fiel so drastisch aus, daß linksextreme Autoren wie zum Beispiel Siegfried Jäger und Andreas Quinkert vom *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)* in einer Untersuchung über die „rassistische Hetze“ der *Bild-Zeitung* gegen „Flüchtlinge im Herbst 1991“ schlußfolgerten, daß *„Bild* die Lunte“ war, „mit der das schwelende Feuer der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus lichterloh entfacht wurde“. Laut Jäger[61] soll die *Bild-Zeitung* „den Exponenten einer politischen Rechtsentwicklung“ dargestellt haben, „der sie zu einer realen Gefahr für die Demokratie“ gemacht habe.

Davon kann seit Hoyerswerda keine Rede mehr sein. Hoyerswerda ist, um es so zugespitzt zu sagen, im Rückblick zum antifaschistischen Wendepunkt der *Bild-Zeitung* geraten. Seit Hoyerswerda kämpft *Bild* in der ersten Reihe gegen den „braunen Sumpf“. Bereits am 4. Oktober 1991 bediente sich Lothar Loewe in einem Kommentar für das Massenblatt jener Sprache, wie sie inzwischen in den bundesrepublikanischen Medien zum politisch-korrekten Ton gehört: „Der

Tag des Flüchtlings gemahnt an Toleranz, Menschenwürde, Offenheit. Gestern war der Tag der deutschen Einheit. Es hätte ein Tag der Freude sein sollen. Es wurde ein Tag der Schande." Der Staat, so Loewe, müsse endlich rigoros und knallhart mit der rechtsradikalen Szene aufräumen.

Einer besonders abscheulichen Geschichte glaubten die *Bild*-Redakteure in der ostsächsischen Kleinstadt Sebnitz auf der Spur zu sein. Gleich 50 Neonazis sollen, so *Bild* am 19. November 2000, im Jahre 1997 einen kleinen Jungen im Dr.-Petzold-Bad in Sebnitz, von *Bild* als „Spaßbad" bezeichnet, gequält und ertränkt haben, weil er fremdländisch aussah. O-Ton *Bild:* „Johlend zerrten sie (eine „Rotte Neonazis", d.V.) ihn zum Schwimmbecken, johlend ertränkten sie das Kind. Und die Augenzeugen, die drei Jahre lang geschwiegen hatten – ein Geräusch blieb ihnen die ganze Zeit im Ohr: das Kratzgeräusch von Josephs Zehennägeln auf dem Betonboden."[62] Es folgte, was folgen mußte: Aus Sebnitz wurde über Nacht ein „Zentrum dumpfbrauner Umtriebe". Am Tag darauf appelliert Josephs Mutter in der Bild: „Bitte, bitte! Schaut nicht mehr weg!" Die Springer-Zeitung kommentierte selbstzufrieden: „Endlich! Die drei ersten Neonazis verhaftet."[63]

Daß *Bild* inzwischen auch zum Stichwortgeber für „seriöse" Gazetten wie die *Süddeutsche Zeitung (SZ)* oder die *Frankfurter Rundschau (FR)* geworden ist, dokumentiert den gelungenen Richtungswechsel des einst von der Linken verfemten Blattes. Ganz unter dem Eindruck des *Bild*-Fanals kommentierte die *SZ:* „Gibt es ein brutaleres Beispiel für die tägliche rechte Gewalt, das tägliche Weggucken, die tägliche Unfähigkeit des Staates, *angemessen auf die Bedrohung seiner Grundlagen zu reagieren?*"[64] Und wieder waren es, so die *SZ,* die „ganz normalen braven" und „offenbar ganz durchschnittlichen Bürger" gewesen, die einer „kollektiven Amnesie" verfallen sind. Wieder war es die „allgemeine Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit" gewesen, die es ermöglichte, daß „junge Leute einen kleinen Jungen ertränken wie eine Katze".

Was die Berichterstattung hier nahelegen wollte, liegt auf der Hand: Überall in Deutschland gibt es „willige Vollstrecker", „Weggucker" oder „heimliche Sympathisanten". Diese „ganz normalen Deutschen" sind schon wieder soweit, in einem Schwimmbad fünfzig „johlende" Neonazis zu übersehen, die ein fremd aussehendes Kind ertränken.

Die Reaktionen auf diesen Hinrichtungsjournalismus ließen nicht lange auf sich warten: Sebnitz sei eine „Stadt der Schande", war im Internet-Gästebuch der Stadt zu lesen gewesen. Der *FR*-Autorin Astrid Hölscher ging dies noch nicht weit genug: Es sei alles „schlimmer und nicht so einfach geographisch einzugrenzen". Sebnitz sei „unsere Schande".[65] Daß die „Schande", die Hölscher kollektiv für alle Deutschen festgestellt hat, dann zu einer Schande für den Gesinnungsjournalismus in Deutschland wurde, ist inzwischen allgemein bekannt. So meldete beispielsweise *Spiegel-Online* am 24. Januar 2001 unter der Überschrift *Joseph starb an Herzversagen,* daß ein drittes medizinisches

Gutachten belegt habe, der sechsjährige Joseph Abdulla sei aufgrund eines Herzversagens ertrunken und daher eines natürlichen Todes gestorben.

Die Prinzipien, die auch im „Fall Sebnitz" griffen, illustrierte Volker Zastrow in einem Kommentar für die *FAZ:* „Wird erst einmal ein Tatgeschehen wie das in Sebnitz unterstellte als möglich angenommen, dann gerät schon, wer skeptische Fragen stellt, schnell ins Abseits. Ihm wird Herzenskälte, wenn nicht gar Sympathie für die vermeintlichen Täter unterstellt."[66] Daß der antifaschistische „Blowback" von Sebnitz dennoch eine gewisse Wirkung hinterlassen hat, zeigte beispielsweise die Solidarisierung mit der als rechts oder rechtsextrem eingestuften Berliner Wochenzeitung *Junge Freiheit,* der die Deutsche Postbank AG aus politischen Gründen das Hauptgeschäftskonto kündigen wollte. Den daraufhin von der *Jungen Freiheit* initiierten „Appell für die Pressefreiheit" unterzeichneten unter anderem der Fernsehjournalist Franz Alt und *Focus*-Chefredakteur Helmut Markwort.[67] Dieser Protest führte dazu, daß die Postbank schließlich ihre Kündigung zurücknahm.

Dennoch bleibt von Sebnitz her im öffentlichen Bewußtsein in stärkerem Maß die implizit oder offen vorgetragene Behauptung verankert, es gebe heimliche Sympathien für neonazistische Totschläger bei den „ganz normalen Deutschen". Auch hierfür haben die Sozialwissenschaften nämlich bereits das begriffliche Vokabular bereitgestellt: den „Extremismus der Mitte".

„Extremismus der Mitte"

Je weiter die Debatte voranschritt, desto mehr machte der Begriff „Extremismus der Mitte" bzw. „Rassismus der Mitte" Karriere. So erklärte zum Beispiel die Fraktionssprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag, Kerstin Müller, mit Blick auf die Unionsparteien vor kurzem, diese schürten mit ihrer Haltung zur Einwanderung „extremistische Bestrebungen". Müller, laut dem Wochenmagazin *Focus* 36/97 eine „frühere trotzkistische Predigerin der Weltrevolution", erklärte kategorisch: „Dieser Rassismus aus der Mitte ist der Nährboden für Rechtsradikalismus."[68] Noch deutlicher äußerte sich Müller Ende August 2000, als sie davon sprach, so die *Stuttgarter Nachrichten* vom 28. August 2000, daß der organisierte Rechtsextremismus nur dann erfolgreich bekämpft werden könne, „wenn wir langfristig auch gegen den Rassismus angehen, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt". Müller steht mit ihrem Diktum vom angeblichen „Rassismus" bzw. „Extremismus der Mitte" beileibe nicht alleine. Ähnliches behauptete bereits Anfang des Jahres der derzeitige Präsident des Bundestages, Wolfgang Thierse (SPD), als dieser ausführte, daß der „Rechtsextremismus längst kein Randphänomen der Gesellschaft" mehr sei, sondern „bis weit in ihre Mitte" hineinreiche.[69] Dieser Hinweis wird in der Regel mit dem Argument verbunden, Unionspolitiker, die sich ja als Politiker der „Mitte" verstehen, seien „Stichwortgeber" „rechtsextremistischer Gewalttäter". So warf der Vorsitzende der bayerischen SPD-Landesgruppe, Ludwig Stiegler, dem CSU-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber im Zusammenhang mit dessen Forderung nach einer „nationalen Bevölkerungspolitik" vor, „geistiger Wegbereiter und Stichwortgeber rechtsextremistischer Gewalttäter" zu sein.[70]

Systematisiert vorgetragen wurde dieses Argument bereits im August 1999 vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus. Diese gaben eine Broschüre mit dem Titel „Zur Übernahme rechtsradikaler Argumente durch Berliner CDU-Politiker" heraus. Im Vorwort zu dieser Broschüre, für die u.a. die heutige Ministerin für Verbraucherschutz, Renate Künast, verantwortlich zeichnet, steht zu lesen: „Wir dokumentieren, daß führende Christdemokraten rechtsradikales Gedankengut aufnehmen, dies öffentlich darstellen und dadurch selbst ein Teil der rechtslastigen Grundströmung in der Gesellschaft werden. In diesem Sinne sind sie *willige Vollstrecker einer politischen Renaissance rechtsradikalen Gedankenguts.*"[71]

Ähnliches war bereits im Rahmen der letzten „antifaschistischen" Erregung in Deutschland in den Jahren 1992 bis 1994 zu hören. Damals erklärte zum Beispiel der heutige Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen): „Die Rechtsverschiebung ist nicht von verwirrten Glatzköpfen und reaktionären Greisen am rechten Rand der Gesellschaft bewirkt worden. Sie ist im Zentrum der politischen Klasse entwickelt und umgesetzt worden."[72]

Ähnlich äußerten sich der öffentlich-rechtliche Rundfunkjournalist *(NDR, Deutschlandfunk)* und *Konkret*-Autor Oliver Tolmein, Bernd Siegler *(taz)* und Charlotte Wiedemann *(Die Woche),* als sie von einer „formlosen, selbstverständlichen Übereinkunft“ bzw. einem „Pakt“ zwischen „den Rechten und der bürgerlichen Mitte“ sprachen.[73]

Neu ist die aktuelle Denunzierung der Unionsparteien als treibende Kraft des „Extremismus der Mitte“ also keineswegs. Insbesondere die Bündnisgrünen haben sich in der laufenden Kampagne offensichtlich von der PDS, genauer gesagt: von der Kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS, inspirieren lassen. So schrieb zum Beispiel im Oktober 1998 Kurt Gossweiler aus Berlin in den „Mitteilungen der KPF“, daß ein Berliner Verwaltungsgerichtsurteil gegen die Republikaner von Anfang September 1998 „gerichtsnotorisch“ gemacht habe, „wer die eigentlichen Ideen- und Parolenspender der Ausländerhetze der Neonazis“ seien: nämlich „führende Repräsentanten der Kanzlerpartei“ (meint: der Regierung Kohl, d.V.). Weiter schreibt Gossweiler: „Wer im Treiben der ‚Rechtsextremen‘ eine Gefahr für ihren Bestand (gemeint sind die Grundrechte, d.V.) erkennt, der muß sie erst recht im Wirken der führenden Regierungsparteien erkennen.“

Diese Argumente zuspitzend schreibt Dimitri Tsalos in den „Mitteilungen“ der KPF vom September 2000, daß der „Hauptträger menschenverachtender Taten“, „der Staatsrassismus“, „bewußt oder unbewußt“ ignoriert werde. Konsequenterweise fordert der Autor: „Laßt uns den Staatsrassismus zerschlagen.“

Letztere Äußerungen von Mitgliedern der KPF in der PDS können nicht mit dem Argument relativiert werden, hier handele es sich nur um krude Forderungen von unbelehrbaren Kommunisten. Diese Forderungen sind die logische Konsequenz dessen, was „Demokraten“ von Bündnis 90/Die Grünen oder aus der SPD mit politisch-korrektem Sprachgestus auch vertreten. Nämlich daß, um die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke zu zitieren, „konservative Stichwortgeber eine Mitverantwortung für das Gedankengut in den Köpfen der Rassisten“ trügen.[74]

Mit dieser Denunziation mittransportiert wird die Behauptung, die Mitte der deutschen Gesellschaft sei „rassistisch“ oder „extremistisch“. Mit anderen Worten: Mit der Formel „Extremismus der Mitte“ soll die politische Verantwortung für den angeblich steigenden Rechtsextremismus dem „bürgerlichen Lager“ und damit insbesondere den Unionsparteien zugeschrieben werden. Der Begriff „Extremismus der Mitte“ impliziert nämlich, daß die „politische Mitte durch ihre Politik in den Bereichen Asyl, Ausländer, innere Sicherheit und Soziales selbst für das Aufkommen rechtsextremistischer Parteien und fremdenfeindlicher Gewalt verantwortlich“ sei. Das stellte der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traughber in einem Beitrag für die *FAZ*[75] fest. Absicht sei es zunächst, so Pfahl-Traughber, „Politik und Staat undifferenziert für das Aufkommen des Rechtsextremismus verantwortlich zu machen“. Daß dies sogar

durch amtierende Innenminister eines Bundeslandes geschehen kann, zeigte das Beispiel Herbert Schnoor (SPD), des ehemaligen Innenministers von Nordrhein-Westfalen. Dieser wird in dem von Hans-Martin Lohmann herausgegebenen Buch *Extremismus der Mitte* wie folgt zitiert: „Die Ursachen für die gewalttätige Fremdenfeindlichkeit liegen nach Auffassung Schnoors ‚mitten in unserer Gesellschaft'. Die Täter ‚greifen das auf, was viele denken und sagen, und sie übersteigern dies zu mörderischer Gewalt'."

Der Begriff „Extremismus der Mitte" geht auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset zurück, der ihn 1958 entwickelte. Lipset klassifizierte die Wahlerfolge der NSDAP vor allem als Ausfluß eines Mittelklassenextremismus. Seiner Meinung nach erhielten die Nationalsozialisten Zustimmung vorwiegend aus dem liberalen Bürgertum. Jüngere Untersuchungen haben diese These widerlegt. So kam der Politologe Jürgen W. Falter zu dem Ergebnis, daß die NSDAP keineswegs eine reine Mittelstandsbewegung gewesen war, sondern eher eine „Volkspartei mit Mittelstandsbauch". Arbeiten wie die von Falter haben der Karriere des Begriffes „Extremismus der Mitte" indes keinen Abbruch tun können. Im Gegenteil. Mehr und mehr ist im Zuge der politischen Instrumentalisierung des Begriffes das ursprünglich soziologische Verständnis des Terminus „Extremismus der Mitte", das sich auf die soziale Zusammensetzung der Wähler der NSDAP bezog, beiseitegeschoben worden.[76] Was hiermit gemeint ist, kann zum Beispiel in dem Beitrag des Soziologen Wolfgang Kraushaar in dem angesprochenen Sammelband *Extremismus der Mitte* nachgelesen werden. Bei den rechtsextremistischen „Schlägern und Brandstiftern" handele es sich, so Kraushaar, „um Exponenten einer gesellschaftlichen Normalität". Deswegen lehnt zum Beispiel der Darmstädter Soziologe Michael Th. Greven die Verwendung des Terminus „Rechtsextremismus" ab. Denn eines der wesentlichen Ziele des öffentlichen Redens über „Rechtsextremismus" sei, so Greven, die „Externalisierung sozialer Mitverantwortung". Übersetzt meint dies nach Pfahl-Traughber, daß Greven den Begriff „Rechtsextremismus" deshalb ablehne, weil er eine „Verschiebung der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit durch die politische Mitte hin zur extremen Rechten" ermögliche. Daß Grevens These letztlich nur konsequent ist, zeigt z.B. die Art und Weise, wie der Bonner Politologe Manfred Funke den „Extremisten der Mitte" charakterisiert: Der „Extremist der Mitte", so Funke, „muß in der Politik Söldner für sich suchen. So flüchtet er in Krisenzeiten zum Zweckbündnis mit Faschisten; hoffend, die Anlehnung an den ‚Partner' als Notwehrmittel auf Zeit benützen zu können … In Ausziehung dieser Perspektive wird deutlich, daß der ‚Extremist der Mitte' nicht faschistisch ist, sondern geprägt erscheint durch einen Mangel an *Anti*-Faschismus. Dieses Fehlen ist gerade mit Bezug auf die Bundesrepublik gefährlicher als die offen organisierten extremistischen Randgruppen."[77] Infolgedessen ist für Funke der „Extremist der Mitte" das eigentliche Übel. Seiner Antipathie macht Funke deut-

lich Luft: Der „Extremist der Mitte“ habe „im Sinne von Aristoteles ein banausisches Verhältnis zu den öffentlichen Angelegenheiten und repräsentiert jene Masse Mensch, die alle Herrschaftsformen über sich ergehen läßt, ‚vorausgesetzt, daß man sie nicht am Arbeiten hindert und ihnen nichts vom Eigentum wegraubt‘“.[78] Hier, beim „Extremisten der Mitte“ sind sie also beheimatet, die „diffusen Mentalitäten, emotionalen Relikte und Konstrukte des alltäglichen Lebens, die mit rechtsextremistischen Ideologieelementen vermengt sind“, wie es Pfahl-Traughber ausdrückte.

Daß die „Extremisten der Mitte“ vor allem der Klientel der Unionsparteien zugerechnet werden, mag der Rassismus-Vorwurf von Wolfgang Thierse (SPD) an die Adresse des brandenburgischen Innenministers Jörg Schönbohm (CDU) illustrieren. Thierse behauptete in einem Brief an Schönbohm, rechtsextreme Gewalttäter erreichten ihre Ziele „mit Billigung offizieller brandenburgischer Stellen“.[79] So ist es nur folgerichtig, wenn der bereits angesprochene stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Ludwig Stiegler, feststellt, Teile der Union seien, so die *Stuttgarter Nachrichten* vom 28. August 2001, keine Helfer bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, „sondern selber ein Teil des Problems“.

Die Unionsparteien haben bis heute nicht hinreichend realisiert, daß die laufende Kampagne keineswegs nur auf „Rechtsextremisten“ zielt, sondern das „bürgerliche Lager“ ausdrücklich miteinschließt. Es gehört zu den Kuriosa der laufenden Auseinandersetzung, daß ausgerechnet der Verfassungsschutz Baden-Württemberg der Anti-Rechts-Kampagne ungewollt die Diagnose gestellt hat: „Einzelfälle werden ohne Prüfung des Hintergrunds eingereiht in eine vermeintliche Entwicklung bzw. Tendenz. Nach diesem Muster werden Schändungen jüdischer Friedhöfe, Brandanschläge auf Wohnhäuser von Ausländern oder Asylbewerberheime, das Auftreten von Skinheads (‚Nazibanden‘) auf der Straße zum ‚Regelfall‘ hochstilisiert, wonach der faschistische Terror für viele Menschen schon zum ‚normalen Zeitgeschehen‘ gehört.“[80]

Das laufende „antifaschistische“ Szenario wurde, und dies wirft ein Bild auf die mentale Verfassung der Union, von dem Leiter des Bereichs Forschung und Berater der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Joachim Veen, gedanklich vorweggenommen. Dieser erklärte am 22. Februar 1999 gegenüber dem *Focus:* „Das postkommunistische Zeitalter des wiedervereinigten Deutschland wird ein antifaschistisches sein! Wenn der undeutliche Begriff der ‚Berliner Republik‘ neben vagen Assoziationen eine konkrete verfassungspolitisch-normative Dimension haben könnte, dann könnte diese am ehesten in ihrem antifaschistischen, nicht mehr antiextremistischen Charakter liegen.“

Zu einem ähnlichen Ergebnis wie Veen ist übrigens auch der Politologe Arnulf Baring in seinem 1999 erschienenen Buch *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!* gekommen: „Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik erklärte sich … wesentlich daraus, daß alle diesen Staat prägenden Parteien von links bis

rechts einig waren in der Abwehr rechts- und linksradikaler Kräfte. Dieser Grundkonsens konservativer und progressiver Parteien wird jetzt möglicherweise stillschweigend aufgekündigt durch ein lautlos heraufziehendes ‚antifaschistisches' Linksbündnis, das sich durch eine Gegnerschaft gegenüber der Union und der F.D.P. definiert, den Unterschied zu diesen Parteien für fundamentaler hält als die Distanz zwischen SPD und PDS."

Das „antifaschistische Linksbündnis", von dem Baring spricht, hat sich unter Einschluß der PDS längst formiert. Mehr und mehr gerät die Union jetzt auch durch eigene Indifferenz in Gefahr, sich den Sprachregelungen und -knebelungen dieses Bündnisses unterwerfen zu müssen. Konkret heißt dies, daß in Zukunft das Thema „Ausländer und Zuwanderung" nicht mehr im „demokratischen Diskurs" kritisch angesprochen werden kann, ohne daß die Verdammungsformel „Geistige Brandstiftung" fällt. Daß viele Unionspolitiker nur zu bereit sind, dem sich abzeichnenden „antifaschistischen Linksbündnis" als „nützliche Idioten" zu dienen, zeigt das Beispiel der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John, die der Überzeugung ist, daß wir für „eine multikulturelle Gesellschaft neue Gesetze" bräuchten. Ob das bisherige Recht ausreiche, könne man nur feststellen, wenn es eine „zentrale Erfassungsstelle" für Haßverbrechen und ihre juristische Behandlung gebe. Bewährungsstrafen sollten, so Frau John, für rechte Gewalttäter generell ausgeschlossen werden.[81]

Einer der wenigen Politiker, die in der Union begriffen haben, worauf die Kampagne gegen Rechts abzielt, ist der hessische Ministerpräsident Roland Koch. Dieser warnte seine eigene Partei davor, sich in der Ausländer- und Integrationsfrage von der SPD „mundtot machen zu lassen".[82] Exakt darum geht es im Kern der derzeitigen antifaschistischen Erregung. Sie zielt auf den „Rechtsextremismus", der bis in die „gesellschaftliche Mitte" hineinreichen soll, meint aber Gesellschaftsveränderung. Ist erst einmal der harte Kern der Zuwanderungskritiker „geächtet", dann hält niemand mehr die Transformation Deutschlands in ein multiethnisches Siedlungsgebiet auf. Daß damit der Boden des „demokratischen Diskurses" verlassen wird, stellte der Staatsrechtler Dietrich Murswiek fest: Die „amtliche staatliche Kritik" verläßt dann den Boden des demokratischen Diskurses, „wenn sie bestimmte Meinungen und politische Positionen als illegal und demokratisch illegitim disqualifiziert und sie damit aus dem demokratischen Willensbildungsprozeß zu verdrängen sucht, ihnen also der Sache nach die Berechtigung abspricht, mit ihren Argumenten in der geistigen Auseinandersetzung Gehör zu finden und sich am demokratischen Diskurs zu beteiligen …"

Und: „Die öffentliche Kritik, jemand sei ein Verfassungsfeind, dient nicht lediglich der geistigen Auseinandersetzung im politischen Willensbildungsprozeß. Sie dient vor allem dazu, den Betreffenden mit seinen politischen Positionen aus diesem Willensbildungsprozeß auszugrenzen."[83]

Daß genau dies mit der laufenden Kampagne beabsichtigt wird, muß hier

nicht mehr eigens bewiesen werden. Wie sich die Träger dieser Kampagne das zukünftige Deutschland vorstellen, das klingt altbekannt. „Wir dulden keine anti-egalitären Ansätze“, gab zum Beispiel die ehemalige bündnisgrüne Bundesvorsitzende Renate Künast zu Protokoll. Sie hätte auch sagen können: Wir dulden keine konservativen Gedanken mehr, weil diese auf der Einsicht in die Verschiedenheit der Menschen aufbauen. Es bedarf deshalb keiner großen Prophetie, daß konservative Politiker der Unionsparteien die nächsten sein werden, die als vermeintliche „Stichwortgeber“ bzw. „Biedermänner und Brandstifter“ aus den Landtagen bzw. dem Bundestag gefälligst „zu verschwinden“ hätten, weil sie angeblich das „deutsche Ansehen im Ausland“ schädigten.[84]

Die Rolle der Statistik: Der angebliche Anstieg „rechtsextremistisch motivierter Gewalt“

Am 2. März 2001 gab das Bundesinnenministerium bekannt, daß die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten um 59 Prozent auf 15.951 Fälle angestiegen sei. Für das Jahr 1999 meldete der Verfassungsschutzbericht 10.037 Gewalttaten oder sonstige Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund. Davon wurden 746 als Gewalttaten (Brandstiftung, Tötungsdelikte etc.) eingestuft. Sowohl 1999 als auch 2000 bildeten die sogenannten „Propagandadelikte“ (1999: 6719 Delikte; 2000: ca. 11.000 Delikte) den Löwenanteil. Unter „Propagandadelikten” wird das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen verstanden. Dieser Straftatbestand gilt im übrigen nur für den Rechtsextremismus. Im Bereich des Linksextremismus ist keine Art der Propaganda verboten. Bleibt unter dem Strich der Anstieg von 746 (1999) auf 998 (2000) Straftaten. Aber auch diese Zahlen sind wenig aussagekräftig, da ein einheitlicher Kriterienkatalog bei der Erfassung links- und rechtsextremistischer Straftaten nicht existiert. In absoluten Zahlen ist die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten also um 252 Fälle angestiegen. Diesen stehen ca. 180.000 Gewaltdelikte im Jahr 2000 gegenüber, die von der Polizei erfaßt worden sind. Angesichts dessen fragte der Kirchenrechtler Axel von Campenhausen zurecht, ob die Statistiken über Rechts nicht eine Form „gesteuerter Empörung“ seien.[85] Campenhausen wörtlich: „Wer achtgibt, wird nämlich bemerken, daß der prozentual eindrucksvolle Anstieg in absoluten Zahlen lächerlich ist. In dem Meer statistisch erfaßter Untaten handelt es sich um Tropfen. Und die werden auch noch verschieden gezählt.“ Und weiter: „Die ganze Heuchelei dieser gesteuerten Aufregung wird deutlich für jeden, der in versauten, zerkratzten, beschmierten öffentlichen Verkehrsmitteln fahren muß: So lange kein Hakenkreuz zu sehen, kein ‚Heil Hitler‘ zu hören ist, sind Verwahrlosung und Schändung des öffentlichen Raums Normalität, und keiner Bemerkung würdig … Die Ursache des Problems sehe ich in der Verwahrlosung einer perspektivlosen Jugend. Fachleute lassen wissen, daß die Gewalttäter in der Mehrzahl keine Überzeugungstäter seien, sondern junge Leute mit Persönlichkeitsdefiziten. Sie seien nicht durch Ideen verseucht, sondern verführt durch einen Mangel an Anerkennung, an Selbstwertgefühl und Zukunftsperspektive.“

Ähnlich die Bewertung in einem Kommentar der *FAZ:* „Deutschland wird nicht dadurch friedfertiger, daß Randerscheinungen mit der statistischen Lupe in den Mittelpunkt gerückt werden, während das große Problem der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen insgesamt zum Gewöhnungstatbestand wird.“[86]

Nicht zur Sprache gebracht wurde die zunehmende Gewalt von links gegen rechts. Darauf wies als einer der wenigen Rainer Wehaus in der *Sindelfinger Zeitung* unter Bezug auf den Verfassungsschutz Baden-Württemberg hin. Dessen Vizepräsident, Hans-Jürgen Doll, monierte, daß die Gewalttaten von Linken gegen Rechte „in der öffentlichen Diskussion überhaupt keine Rolle" spielten.[87] Wenn Rechte Ausländer jagten, so Doll, ist der Aufschrei groß. Wenn Linke aber, zum Beispiel bei Veranstaltungen der Republikaner, Fensterscheiben einwerfen oder Autoreifen zerstechen, „dann wird das stillschweigend hingenommen". Doll in aller Deutlichkeit: „Für Linksextremisten ist der positiv besetzte Begriff Antifaschismus nur ein Vehikel. Ihr Ziel ist ein anderes gesellschaftliches System." Das hindert Vertreter der etablierten Parteien keineswegs, mit diesen Linksextremisten gemeinsame Sache gegen Rechts zu machen.

Eine kritische Analyse des statistischen Befundes zeigt eindeutig, daß die Kampagne gegen Rechts in der Tat vorrangig eine „gesteuerte Empörung" ist, wie es Axel von Campenhausen ausdrückte. Die Frage, der abschließend die Aufmerksamkeit gelten soll, lautet daher: Welchen Zwecken dient diese „gesteuerte Empörung"?

Diskussion

Der *FAZ*-Autor Stefan Dietrich stellte in der *FAZ* Mitte Februar 2001 fest, daß „das stärkste Band zwischen den ungleichen Koalitionspartnern" der „gemeinsame Kampf gegen den Rechtsextremismus" bilde, der „in der säkularisierten Gesellschaft das Böse schlechthin verkörpert. Er ist für Rot-Grün das, was für die Union in der Zeit des Kalten Krieges der Kommunismus war: Feindbild, Kontrastmittel, Waffe im Kampf mit dem politischen Gegner".[88]

Diese Feststellung greift, so treffend sie ist, dennoch zu kurz. Denn das „Böse", der „Rechtsextremismus", wird keineswegs nur als „Feindbild" in der aktuellen politischen Auseinandersetzung benötigt. Der Kampf gegen Rechts verweist auf eine viel tiefgreifendere Entwicklung, für die der Umgang mit dem „Rechtsextremismus" nur ein Ausdruck ist: nämlich auf die Krise unserer liberalen Gesellschaft.[89] Das linksliberale Lager hat die laufende Kampagne gegen Rechts genutzt, um sein Wertesystem, das auf einem multiethnischen Gesellschaftsbegriff fußt, weitgehend verbindlich zu machen. Der Versuch der Unionsparteien, diese Strategie über die „Leitkultur"-Debatte zu entschärfen, muß als gescheitert gelten, weil sie von führenden Unionspolitikern bestenfalls halbherzig geführt wurde. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel sah selbst zu einem Zeitpunkt keine Diskrepanz zum Zentralratsvorsitzenden der deutschen Juden, Paul Spiegel, als dieser die polemische Formel ausgab: „Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?" Anstatt sich gegen diese begriffszerstörende Attacke zur Wehr zu setzen, kommentierte Merkel die Äußerungen Spiegels wie folgt: „Wir haben in der CDU beschlossen, daß eine Kultur der Toleranz und des Miteinanders, unsere Verfassungswerte und Weltoffenheit von uns als Leitkultur in Deutschland bezeichnet werden. In diesen Werten sehe ich keinen Widerspruch zu dem, was Paul Spiegel will."[90]

In dieser Aussage ist kaum noch etwas von dem zu erkennen, was der jetzige brandenburgische Innenminister Schönbohm (CDU) mit diesem Begriff verbunden hat, der den von dem Politologen Bassam Tibi kreierten Begriff „Leitkultur"[91] zwei Jahre vorher in die politische Auseinandersetzung einführte. Schönbohm schrieb in der *Berliner Zeitung:* „Das Modell ‚Multikultur' nimmt die Aufgabe der deutschen Leitkultur zu Gunsten gleichrangiger Parallelgesellschaften billigend in Kauf oder strebt sie direkt an. Ihre Vorbilder sind ‚Kommunen' und ‚freie Assoziationen', deren sozialer und politischer Halt eben nicht in einer verfassungsmäßig gesicherten Nation liegt. Der ideengeschichtliche Bezug der ‚multikulturellen Gesellschaft' ist in den politischen Theorien vom Anarchismus über die verschiedenen Strömungen des Marxismus bis hin zu den gemäßigten Sozialismusvorstellungen zu finden."[92] Daß die deutsche Ausländerpolitik „nicht ohne innere Beziehung zu unserem Wertesystem" ste-

hen darf, davon ist auch der derzeitige Berliner Innensenator Eckhart Werthebach überzeugt, der diese Beziehung überdies für ein Gebot der Staatsraison hält: „Staatsraison fordert die Integration der hier lebenden Ausländer in die deutsche Gesellschaft, keine multikulturelle Gesellschaft." Das Interesse eines Ausländers „an einem Aufenthalt in Deutschland" könne „nicht bestimmender Maßstab" sein. Werthebach weiter: „Wer deutsche Ausländerpolitik noch immer als Reparationsleistung für die Rassepolitik des Naziregimes begreift, darf sich nicht wundern, wenn ihm bald die Kontrolle über eine nur ideologisch motivierte Ausländerpolitik entgleitet."[93]

Schönbohms und Werthebachs Positionierungen haben in der Union kaum Rezipienten gefunden. Das, was Merkel vertritt, ist im Hinblick auf die Konkretitionen Schönbohms bestenfalls eine Schwundstufen-Leitkultur, die jeder unterschreiben kann.

Die Leitkultur-Debatte hat deutlich gemacht, daß in der Auseinandersetzung darüber, was denn nun im einzelnen die „Bestände eines überkommenen Gemeinsinns" sind, wie es der oben bereits angesprochene Helmut Dubiel ausgedrückt hat, kein Konsens mehr erzielt werden kann. Dubiel sieht als Grund für die Erschöpfung des Gemeinsinns vor allem die auf „Zweckvorgaben des Marktes" bezogene „Modernisierung der Gesellschaft", die sich von „moralischen Ressourcen" nährt, die sie „innerhalb ihres eigenen Regelwerkes nicht mitproduziert". Dubiel stellt deshalb die These auf, daß sich die Marktgesellschaft „zu ihren moralischen Ressourcen wie die große Industrie" verhalte: diese werden „im Zuge ihrer Expansion verbrannt".[94]

Was Dubiel hier monokausal dem Markt und seinen Gesetzen zuschreibt, ist bei Licht gesehen eine unweigerliche Konsequenz des Liberalismus, dessen theoretische Fundierung die hier vorgetragene These begründet, daß der Rechtsextremismus als Negativfolie für die „Wiederaufforstung von Sinn- und Pflichtmotiven" instrumentalisiert bzw. gebraucht wird, weil der Liberalismus im Kern inhaltsleer ist. Dies stellte selbst einer der „Propheten des Liberalismus", der US-amerikanische Philosoph Francis Fukuyama, in seinem Aufsatz *The End of History* fest:

„Auch wenn die Inhaltlosigkeit, auf die wir im Herzen des Liberalismus stoßen, zweifellos eine ideologische Schwäche ist, so bleibt doch fraglich, ob wir ihr mit politischen Mitteln beikommen. Schließlich ist doch der moderne Liberalismus selbst eine historische Konsequenz aus der Schwäche von auf Religionen gegründeten Gesellschaften, die sich als unfähig erwiesen, auch nur die mindesten Voraussetzungen für Frieden und Stabilität zu schaffen."[95]

Die Grundmethode des Liberalismus ist nach den Worten des Politikwissenschaftlers Victor Leontovitsch „nicht das Schaffen", „sondern das Abschaffen, d.h. die Beseitigung von allem, was die individuelle Freiheit in ihrem Bestehen bedroht und in ihrer Entfaltung hindert".[96] Der Liberalismus sei „ein individualistisches System, weil der einzelne Mensch, das Individuum,

an erster Stelle steht und den sozialen Einheiten oder Institutionen nur insofern Wert beigemessen werden kann, als sie vom Standpunkt der Interessen und der Rechte des einzelnen ihre Rechtfertigung finden und die Verwirklichung der Ziele der einzelnen Subjekte fördern".[97]

Ähnlich sieht es Armin Mohler: „Der Liberalismus ist in seiner Essenz eine Emanzipationsbewegung auf den verschiedensten Lebensgebieten: sie befreit die Menschen aus bereits bestehenden Bindungen, ohne diese alten Bindungen durch neue zu ersetzen. Eine packende, die Seele und die Eingeweide in gleicher Weise bewegende Vorstellung dessen, was man *sein* will, fehlt."[98]

Der Politikwissenschaftler J. Salwyn Schapiro stellte im Hinblick auf den Liberalismus fest, daß dieser „den großen Kampf der Menschheit" verschiebe. „Der Konflikt lag nicht länger zwischen der bösartigen menschlichen Natur und der göttlichen Gnade, sondern zwischen dem Menschen, der gut war, und der Gesellschaft, die böse war".[99]

Entsprechend ist eine Gesellschaftsordnung dann „gut", wenn in ihr die Prinzipien der menschlichen Güte und Vernunft wirken können. „Gute Gesellschaftsordnung" meint in diesem Zusammenhang eine Gesellschaftsordnung, in der alle menschlichen Wesen auf der Welt „ohne Rücksicht auf ihre Rasse, Geschlecht, Nationalität, Beruf oder Lebensbedingungen" als „gleich" eingestuft werden. Daß die Träger der Anti-Rechts-Kampagne, die von den Parteien über die Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Bildungsanstalten usw. reichen,[100] eine derartige Gesellschaftsordnung im Blick haben, belegen deren Aussagen, die an Eindeutigkeit nichts mehr zu wünschen lassen. Aber es würde zu kurz greifen, hier nur auf intrinsische Motive im Hinblick auf die Anti-Rechts-Kampagne abzustellen. Von nicht unerheblicher Bedeutung, das hat u.a. die Holocaust-Konferenz in Stockholm deutlich gemacht, sind auch extrinsische Einflüsse. Hier sei nur auf den eingangs zitierten ehemaligen US-Diplomaten Douglas H. Jones verwiesen, der durchblicken ließ, welchen Spielregeln sich die deutsche Politik zu fügen hat, soll „das Ansehen Deutschlands in der Welt" keinen Schaden nehmen: „Deutschlands guter Name in der Welt sei", so Jones, „in einem wichtigen Maße abhängig von dem Vertrauen anderer darauf, daß sich das Land dieser Aufgabe (der Bekämpfung des Rechtsextremismus, d.V.) verpflichtet." Wie schnell dieser „gute Name" Schaden nehmen kann, zeigten die Sanktionen gegen Österreich aufgrund des Regierungseintritts der FPÖ. Diese Sanktionen waren zweifelsohne auch ein Signal an Deutschland.

Daß der Kampf gegen den Rechtsextremismus vor allem eine edukatorische Kampagne ist, mit der die Deutschen auf die definitive Umwandlung Deutschlands in ein Einwanderungsland vorbereitet werden sollen, zeigt bereits der Umstand, daß eine politisch legitimierte Position, die auf einem homogenen Gesellschaftsbegriff fußt, inzwischen nicht mehr vertreten werden kann, ohne in den Geruch des „Rassismus" zu geraten. Wer öffentlich gegen eine multi-

ethnische Gesellschaft auf deutschem Boden Stellung bezieht und für eine homogene Gesellschaft eintritt, läuft Gefahr, als „Rassist" oder Stichwortgeber für rechtsextreme Gewalttäter denunziert zu werden.[101] Hieran zeigt sich, welch umfassenden Charakter die politisch-kulturelle Hegemonie der politischen Linken inzwischen angenommen hat. Diese Hegemonie manifestiert sich in einem Sprachkodex, dessen Mißachtung in der Regel mit der Gefahr gesellschaftlicher Ächtung einhergeht. So betonte z.B. der CDU-Politiker Heiner Geißler, der „Mißbrauch der Sprache" wie zum Beispiel durch Begriffe wie „Asylmißbrauch", der Betrug assoziiere, „Ausländerkriminalität" oder Sätze wie „Wir müssen Ausländer reinholen, die uns nutzen und nicht, die uns ausnutzen", sei die *Hauptursache* für rechtsradikale Phänomene. „Skinheads", so Geißler, „würden sich immer wieder auf Aussagen der Politiker berufen."[102]

Ohne Zweifel ist diese Sprachhegemonie durch die Kampagne gegen Rechts noch manifester geworden, so daß konservative Vorstellungen mehr und mehr der Tabuisierung anheim fallen. In diesem Sinne argumentiert beispielsweise der Politikwissenschaftler Klaus Hornung, der die laufende Kampagne als weiteren Schritt hin zu einer „gelenkten Demokratie" charakterisierte.[103] Diese „Gelenktheit" zeigt sich u.a. in der Immunisierung linksliberaler Anliegen bei gleichzeitiger umfassender Disqualifizierung dessen, was als „rechtsextrem" eingestuft wird. Den Rechtsextremen wird ein „rationaler Kern" kategorisch abgesprochen. Rechtsextreme seien, so beispielsweise Armin Pfahl-Traughber, durch eine „prinzipielle Ablehnung des politischen Rationalismus", durch eine „antiliberale Grundhaltung" und „Fortschrittsfeindlichkeit" gekennzeichnet. Sie seien nicht durch „nüchterne Verstandes- und Gesinnungsgründe" geleitet, sondern durch „Emotionen".[104]

Daß diese Bewußtseinshaltung ein direkter Ausfluß des „autoritären Charakters" sein soll, gehört seit Theodor W. Adorno zum festen Bestandteil linksliberaler Argumentation gegen Rechts. Die „charakterlichen Konfigurationen" des „autoritären Charakters", so Pfahl-Traughber, sind „Konventionalismus, autoritäre Aggression, Anti-Intrazeption (Abwehr des Subjektiven, Machtdenken und ‚Kraftmeierei') Aberglaube und Stereotypie, Destruktivität und Zynismus, Projektivität (Übertragen von Triebimpulsen) und Sexualität (im Sinne von übertriebener Beschäftigung damit)". Rechtsextreme Gewalt müsse deshalb von denjenigen Schichten („traditionelle Milieus") ausgehen, die „nicht antiautoritär sozialisiert wurden". Was Pfahl-Traughber hier nahelegt, ist folgendes: In den sogenannten „traditionellen Milieus", deren diffuse oder dumpfe Mentalitäten bis in die „Mitte der Gesellschaft" hineinreichen, finden sich „vormoderne" charakterliche „Konfigurationen", die nicht im Einklang mit dem Wertehorizont unserer liberalen Gesellschaft stehen. Daß diese „vormodernen Konfigurationen" in einem zukünftigen multiethnischen Deutschland keinen Platz mehr haben sollen und dürfen und mit entsprechenden Erziehungsprogrammen zu bekämpfen sind, ist eine Botschaft der laufenden Kampagne gegen Rechts.

Daß die inhaltliche Ausgestaltung dieser Erziehungsprogramme der liberalen Phantasie viele Gestaltungsmöglichkeiten bietet, zeigt z.B. das mit EU-Mitteln subventionierte Programm „Xenos“, mit dem die Bundesregierung „Intoleranz“ und „Fremdenfeindlichkeit“ bekämpfen will. Im Kern sollen mit diesem Programm vor allem Maßnahmen gegen „Ausgrenzung“ und „Diskriminierung“ auf dem Arbeitsmarkt gefördert werden. Daneben gibt es aber einen ganzen Strauß sozialpädagogischer Maßnahmen, die mehr über die mentale Verfassung der Initiatoren aussagen als über die zu erreichende Zielgruppe der „Rechtsextremen“. So sollen junge Menschen am Computer gezielt zu professionellen Fahndern nach rechtsradikalen Internetseiten ausgebildet werden. Bus- und Straßenbahnfahrer sollen zu „Konfliktmoderatoren“ ausgebildet werden, die ihre Moderatorenrolle natürlich nur dann wahrnehmen, wenn Ausländer in Bus oder Bahn angepöbelt werden. Und weiter: Mobile Beratungsteams sollen immer in der Nähe von Betrieben sein, zur Konfliktprävention oder auch, um im Konfliktfall schnell eingreifen zu können.[105] Daß dieses Projekt natürlich auch einen satten Geldregen für die zahlreichen „antirassistischen“ resp. „-faschistischen“ Basisinitiativen vor Ort darstellt, versteht sich von selbst.

Welche skurrilen Blüten die Erziehungsbemühungen in Deutschland inzwischen tragen, zeigt exemplarisch für andere folgende Meldung: „Mit dem Erlernen von Fremdsprachen kann Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit vorgebeugt werden. Die Ansicht vertrat am Donnerstag der Freiburger Pädagogikprofessor Norbert Huppertz auf dem internationalen Kongreß ‚Rechtsradikalismus – Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Europa: Was tun!?‘“ Huppertz’ Botschaft: „Wer mit Ausländern in Kontakt treten könne, brauche auch keine Angst vor ihnen haben.“[106]

Das heißt: Wer nicht mit Ausländern in Kontakt treten kann, weil ihm Fremdsprachenkenntnisse fehlen, hat Angst vor Ausländern und ist deshalb ausländerfeindlich. Deshalb hält es Huppertz für besser, „mehrere Sprachen fehlerhaft als eine perfekt zu beherrschen“.

Wer sich dieser Offensive der Gutmeinenden zu entziehen versucht, der muß von einer Krankheit befallen sein. Dies zeigt z.B. eine Bemerkung des Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche in Brandenburg, der von „brauner Cholera“ spricht.[107] Eine ähnliche Diktion hat die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelie Sonntag-Wolgast gebraucht. Sie erklärte, der „Rechtsextremismus“ sei ein „Bazillus der gesamten Gesellschaft“.[108]

Ein Fazit wird vor diesem Hintergrund an dem anknüpfen müssen, was der Politologe J. L. Talmon mit Blick auf die Jakobinerherrschaft in Frankreich über die „totalitäre Demokratie“ ausführte: *„Die totalitäre Demokratie“,* so Talmon, *„entwickelte sich früh zu einer Ideologie von Zwang und Zentralisation, und zwar nicht etwa, weil sie die Werte des liberalen Individualismus im achtzehnten Jahrhundert verwarf, sondern weil sie ihnen gegenüber ursprünglich eine*

zu perfektionistische Haltung einnahm. Sie machte den Menschen zum absoluten Bezugspunkt.“[109]

Wie eine Analyse der bundesrepublikanischen Verhältnisse wirken folgende Ausführungen Talmons: „Alle bestehenden Traditionen, alle überkommenen Institutionen und alle gesellschaftlichen Abmachungen sollten über Bord geworfen werden und neu geschaffen werden mit dem alleinigen Ziel, dem Menschen die Gesamtheit seiner Rechte und Freiheiten zu sichern, ihn von aller Abhängigkeit zu befreien. Sie faßte den Menschen *per se* ins Auge und entblößte ihn von allen Attributen, die nicht in der allen gemeinsamen Menschlichkeit enthalten sind. Sie sah den Menschen als das einzige Element in der Natürlichen Ordnung, unter Ausschluß aller Gruppen und aller überkommenen Interessen. … Und so nahm die ethische Idee der Menschenrechte sehr bald den Charakter eines egalitären Gesellschaftsideals an.“[110]

Auch heute sind die „Aufgeklärten“ bereit, alle bestehenden Traditionen und gesellschaftlichen Abmachungen über Bord zu werfen, um die bundesdeutsche Gesellschaft multiethnisch zu revolutionieren. Und auch heute gibt es Anzeichen dafür, daß die Idee des Menschen als einer von allen geschichtlichen Gruppen unabhängigen Abstraktion zu einem Werkzeug gemacht werden könnte. Der Kampfbegriff „Extremismus der Mitte“ zeigt bereits an, daß es um eine Revolutionierung der gesamten deutschen Gesellschaft geht. Die heutigen Propagandisten eines „modernisierten Deutschland“ glauben, den Zustand größtmöglicher menschlicher Freiheit durch Anwendung von Zwangsmitteln erreichen zu können, die gegen diejenigen gerichtet sind, die sich weigern, „tolerant“ und „weltoffen“ im Sinne der Aufgeklärten zu sein. So ergibt sich eine Dynamik, die der kolumbianische Schriftsteller Nicolás Gómez Davila wie folgt beschrieben hat: „In einer Demokratie sehen sich die Verteidiger der Freiheit genötigt, stetig wachsende Anstrengungen zu unternehmen, um eine stetig geringer werdende Portion Freiheit zu retten.“[111] Ähnlich sieht es der bereits genannte Peter Graf von Kielmansegg, der im *Politischen Feuilleton* des *Deutschlandradios* am 9. Januar 2001 ausführte:

„Der Stigmatisierungsphantasie sind offenbar keine Grenzen gesetzt. Man sieht aber auch: Der Schaden für die Demokratie kann groß werden, wenn solche Stigmatisierungsphantasien sich nicht mehr nur im Feuilleton austoben, sondern sich in Stigmatisierungsstrategien verwandeln, die gezielt eingesetzt werden, um die Argumentationsräume, in denen wir noch frei miteinander reden können, planmäßig einzuengen. Dagegen muß man sich wehren.“[112]

Die Diskurs-Apartheid, von der Kielsmannsegg spricht, verortet verfassungsfeindliche Kritik inzwischen selbst dort, dies machte die oben zitierte Christiane Hubo deutlich, wo diese auf dem Boden der Verfassung steht. Damit sind aber die in der Verfassung verbürgten Grundrechte, insbesondere aber das Grundrecht auf Meinungsfreiheit, nachhaltig gefährdet.

Bewahrung der freiheitlichen Demokratie heißt daher heute, den Anfängen

einer „totalitären“ (Talmon) bzw. „gelenkten Demokratie“ (Hornung) entgegenzutreten. Die (erneute) totalitäre Metamorphose der politischen Linken[113] unter dem Etikett „Antifaschismus“ gibt dem „konservativen Lager“ u.a. die Aufgabe der Verteidigung der Grundrechte auf.[114] Diese Aufgabe sollte mit aller Entschiedenheit angenommen werden, soll die schleichende Umwandlung Deutschlands hin zu einem „antifaschistischen Ideologiestaat“ (Hornung) noch aufgehalten werden.

Verwendete Literatur

A. Bücher

Nicolás Gómez Davila: Auf verlorenem Posten, Wien 1992
Christiane Hubo: Verfassungsschutz des Staates als geistig-politische Auseinandersetzung, Göttingen 1998
Lothar Gall (Hrsg.): Liberalismus, Königstein/Taunus 1985
Siegfried Jäger: Der Groß-Regulator, Duisburg 1993
Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen 1994
Albert Memmi: Rassismus, Frankfurt/ Main, 1992
Meinhard Miegel/Stefanie Wahl: Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst, München 1998, 4. Auflage
Peter Novick: Nach dem Holocaust, Stuttgart/München 2001
Günter Rohrmoser: Der Ernstfall. Die Krise unserer liberalen Republik, Berlin-Frankfurt/Main 1994
Ders.: Kampf um die Mitte, München 1999
J.L. Talmon: Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln/Opladen 1961
Armin Pfahl-Traughber: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Bonn 1993
Wolff/Moore/Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/Main 1967

B. Aufsätze/Broschüren

Aus Politik und Zeitgeschichte 20/62 vom 16. Mai 1962: Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Ein Erfahrungsbericht.
Stefan Chatrath: Ohne es zu wissen Rassist sein, *Novo*-Magazin Mai/Juni 2001, Frankfurt/Main, S.20-21
Helmut Dubiel: Von welchen Ressourcen leben wir? Erfolge und Grenzen der Aufklärung, Vortragsmanuskript. Wissenschaftlicher Kongress der Landesregierung Baden-Württemberg in Karlsruhe, 6.-7. April 1995
Paul Ehninger: Herrschaft durch Sprache. Political Correctness – auch in der Schweiz. Vereinigung Medien-Panoptikum, Zofingen 1996
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin: Zur Übernahme rechtsradikaler Argumente durch Berliner CDU-Politiker, Berlin, August 1999
Manfred Funke: Extremismus und offene Gesellschaft; in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 37/78, 16. September 1978
Armin Mohler: Lehre und Leere des Liberalismus, in: *Politische Lageanalyse.* Festschrift für Hans-Joachim Arndt zum 70. Geburtstag, Hrsg. V. Beismann und M.J. Klein, Bruchsal 1993
Dietrich Murswiek: Staatliche Warnungen, Wertungen, Kritik als Grundrechtseingriffe. *Deutsches Verwaltungsblatt (DVBL)* 17/97
Sabine Reul: Indizien von Verbohrtheit beim Kampf gegen Rechts, *Novo*-Magazin Mai/Juni 2001, Frankfurt/Main, S.9-11
Armin Pfahl-Traughber: Ursachen des gegenwärtigen Rechtsextremismus. Der Bundesminister des Innern. *Texte zur Inneren Sicherheit, Extremismus und Gewalt,* Bd. III, Bonn, Juli 1994
Bassam Tibi: Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52-53/96, 20. Dezember 1996, S.27ff.
Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Antifaschismus als Aktionsfeld linksextremistischer Agitation, 11/98
Eckhart Werthebach: Staatsraison verlangt Ausländerpolitik nach demokratischem Maß, Berlin, Juli 2000

Abkürzungen:

AP Nachrichtenagentur Associated Press
DPA Nachrichtenagentur Deutsche Presseagentur
DVBL Deutsches Verwaltungsblatt
FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR Frankfurter Rundschau
NRO Nichtregierungsorganisationen
NZZ Neue Zürcher Zeitung
SZ Süddeutsche Zeitung
VS Verfassungsschutz

Anmerkungen

1 D.H. Jones, Ein amerikanischer Standpunkt, *Berliner Zeitung,* 19. April 1994. Douglas H. Jones war bis 1994 ranghöchster US-Diplomat in Berlin. Das Zitat stammt aus einer Rede zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland, die Jones anläßlich einer Einladung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hielt.
2 Gad Beck, Schwäche der Demokratie, *taz,* 2. Februar 2000. Gad Beck, Holocaust-Überlebender, ist israelischer Staatsbürger, der in Berlin als Schriftsteller lebt.
3 Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: R. P. Wolff/B. Moore/H. Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/Main 1967, S. 120f.
4 Fraktionsübergreifender Antrag (DS 14/5456) von Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P., PDS und SPD vom 16. März 2001
5 Beschlußvorlage des Gemeinderates der Stadt Stuttgart (GRDrs 929/2000) vom 8. November 2000
6 Helmut Dubiel, Von welchen Ressourcen leben wir? Erfolge und Grenzen der Aufklärung. Manuskript des Vortrages auf dem Wissenschaftlichen Kongress der Landesregierung Baden-Württemberg in Karlsruhe, 6.-7. April 1995
7 Peter Graf von Kielmannsegg, Deutsche Stigmatisierungsphantasien. *Politisches Feuilleton, Deutschlandradio* Berlin, 9. Januar 2001, 7:20-25 Uhr.
8 Bernd Posselt MdEP, Österreich als Katalysator des Antifaschismus, CDU/CSU-Gruppe im Europ. Parlament, *www.europarl.eu.int/ppe/cdu-csu/themen/sanktoesch_006.htm*
9 Franziska Köhn/Christine Richter, Staatsschutz ermittelt gegen Polizisten wegen Terroranschlag, *Berliner Zeitung,* 31. Juli 2000
10 Gewaltbereitschaft der rechten Szene nimmt zu, *Spiegel-Online,* 25. Juni 2000
11 Hervorhebung vom Verfasser
12 Fischer vermutet Ausländerhaß als Motiv für Anschlag, *Die Welt,* 31. Juli 2000
13 Daß die Forderung nach *Schnell-* oder *Sondergerichten* verfassungswidrig ist, machte der Deutsche Richterbund klar. „Das Grundgesetz“, so der stv. Vorsitzende des Richterbundes, Victor Weber, „verbiete Sondergerichte“; Sondergerichte sind verfassungswidrig, *Spiegel-Online,* 9. August 2000. Auch im Hinblick auf die geforderte Kündigung Rechtsradikaler reicht es als Kündigungsgrund bei weitem nicht aus, „rechtsradikal“ zu sein. Entscheidend ist, daß die „rechtsradikale Gesinnung“ eines Mitarbeiters in den Betrieb hineinwirkt und zu einer Störung des Betriebsfriedens führt. *DIHT-News, Mittelstand2000plus,* 11. August 2000
14 Daß prinzipiell jeder Deutsche in den Geruch geraten kann, ein „Rassist“ zu sein, verdeutlichte Stefan Chatrath in einem Beitrag für das Magazin *Novo* (Ohne es zu wissen ein Rassist sein, *Novo,* 05/06-2001, S.20-21). Chatrath berichtet über eine Studie, die zu Tage förderte, daß fremdenfeindliche Vorurteile „selten Folge bewußten menschlichen Handelns“ seien, sondern „Effekte und Resultate der unschuldigen Gedankenlosigkeit bestimmter Handlungen, gesellschaftlicher Regelungen und betrieblicher Praxi“. Chatraths Fazit lautet entsprechend: „Denn wenn es zutrifft, daß Fremdenfeindlichkeit tatsächlich vor allem unbewußter Natur ist, wenn also rassistisches Verhalten ohne Absicht (sozusagen aus Ignoranz oder Gewohnheit) an den Tag gelegt würde: Wer wird dann noch von sich behaupten können, *nicht vom ‚Virus‘ der Fremdenfeindlichkeit, der Xenophobie infiziert zu sein?“* (Hervorhebung vom Verfasser)
15 Schröder fordert „Aufstand der Anständigen“, *Die Welt,* 5. Oktober 2000
16 Die Lage in Deutschland ist ernst. Interview mit Michel Friedman im *ZDF.* Nachrichten *www.msn.de* vom 7. August 2000
17 Schröder ruft zum „Aufstand der Anständigen“ gegen rechte Gewalt, *AP*-Meldung vom 4. Oktober 2000
18 *ZDF*-Interview, Müller: Kündigt den Neonazis; 8. Oktober 2000; *www.msn.de*
19 Heinz-Peter Funke, Die Täter von Düsseldorf: Haß auf Israel, *Stuttgarter Nachrichten,* 8. Dezember 2000. Daß die Täter keine autochthonen Deutschen sind, irritierte die Propagandisten des „Aufstands der Anständigen“ in keiner Weise. Paul Spiegel warnte sogleich, ohne irgendwelche Indizien vorlegen zu können, vor der Gefahr eines „Zusammengehens neonazistischer Gewalttäter und palästinensisch-islamistischer Gewalttäter“ (Gefahr durch „Islam-Nazis“, *Sonntag Aktuell,* 7. Januar 2001). Der Politologe Bassam Tibi rief dazu auf, den „Aufstand der Anständigen“ auf die Islamisten zu erweitern, denn der Islamismus sei „eine rechtsradikale, ja totalitäre Ideologie“ (Islamismus ist genauso gefährlich wie Rechtsradikalismus, *Die Welt,* 15. Januar 2001)
20 Matthias Fernandes, Eine Lawine, eine Dampfwalze rollt durch das Land, *Die Welt,* 12. Oktober 2000
21 Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen 1994, S. 31
22 Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, Bonn 1993, S. 23 ff. Hervorhebungen vom Verfasser.
23 Christiane Hubo, Verfassungsschutz des Staates als geistig-politische Auseinandersetzung, Göttingen

1998, S. 97. Der Doktorarbeit von Hubo kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie in ihrer Analyse der staatlichen Bekämpfung politisch rechts verorteter Bestrebungen durch den Verfassungsschutz auf die sonst auch in wissenschaftlichen Arbeiten nicht unübliche moralische Verdammung rechter Politikansätze verzichtet. Hubo stellt die Positionen als zumindest nachvollziehbar dar und problematisiert in einer ungewöhnlich deutlichen Art und Weise die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegenüber rechten Anschauungen.
24 Ebd., S. 97
25 Warnung vor Rechtsextremen, *Salzburger Nachrichten,* 28. Januar 2000
26 Die Bekämpfung des Rassismus erfordert auch Gewissenserforschung eines jeden, Pressemitteilung von Georg Kardinal Sterzinsky, 11. April 2001. Näheres zum Begriff und zur Auslegung des Begriffs „Extremismus der Mitte" weiter unten.
27 Hubo, a.a.O., S. 97
28 Sind die Deutschen normal? Der Walser-Bubis-Streit eskaliert, *Berliner Zeitung,* 25. November 1998
29 Paul Ehninger zählt neben der Vergangenheitsbewältigung noch Rasse und Geschlecht zu den Kerndomänen der „politischen Korrektheit". Siehe Ehninger, Herrschaft durch Sprache. Political Correctness – auch in der Schweiz. Hrsg. Vereinigung Medien-Panoptikum, Zofingen 1996, S. 17
30 Ebd., S. 6
31 Thomas Assheuer, Ein normaler Staat, *Die Zeit,* 47/98
32 Günter Rohrmoser, Kampf um die Mitte, München 1999, S. 206 ff.
33 Zitiert in Peter Novick, Nach dem Holocaust, Stuttgart/München 2001, S. 283
34 Daß die Deutschen aus der „Verantwortung für den Holocaust" heraus auch zu lernen haben, mit „Fremden zu leben", ist die Auffassung der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach: Nicht wegen des Reichtums, sondern wegen der historischen Verantwortung für den Holocaust und Nazi-Terror müssten die Deutschen lernen, mit Fremden zu leben und zu teilen. Das gelte auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen; Mit Fremden leben, *Südwestpresse,* 22. März 1996
35 Schröder ruft zum gemeinsamen Kampf gegen Rechts auf, *Süddeutsche Zeitung,* 22. September 2000
36 Zentralrat empört über die Auszeichnung für Walser, *Süddeutsche Zeitung,* 6. 10. 2000
37 Werner A. Perger, Verjährt und vergessen, *Die Zeit* 5/00 vom 27. Januar 2000
38 Broschüre *The Stockholm International Forum on Holocaust,* 26.-28. 01. 2000, S. 2
39 Ebd.
40 Stuart Eizenstat, Holocaust Education can help young People to make the moral Judgements necessary for active Citizenship, 28. Januar 2000
41 Hervorhebung vom Verfasser
42 Stuart Eizenstat, Opening Remarks for Final Press Conference, 28. Januar 2000
43 „Holocaust-Konferenz" in Stockholm, *GegenStandpunkt* 01/00
44 Ebd.
45 Ebd.
46 *Die Welt,* 4. Februar 2000, Interview mit EU-Kommissar Günter Verheugen, Aktion zur Ächtung eines ‚bestimmten Typs von Parteien'
47 Norbert Jessen, Israel will seinen Botschafter aus Wien abberufen, *Die Welt,* 3. Februar 2000
48 Karl-Peter Schwarz, Das Wiener Intrigenspiel und das kalkulierte Spiel des Westens, *FAZ,* 12. Februar 2000. Im Internet: ***http://sites.inka./imperial/austria1.htm***
49 Hervorhebung vom Verfasser
50 Zitiert in: Bernd Posselt MdEP, Österreich als Katalysator des Antifaschismus, a.a.O.
51 Ebd.
52 Memmi, Rassismus, Frankfurt 1992, S. 139 f.
53 Memmis Rassismus-Definition „gilt seit ihrer Aufnahme in die Encyclopaedia Universalis als gültig in Forschung und Lehre". (So der Athenäum-Verlag im Klappentext des Buches.)
54 In der gesamten Studie werden EU-Richtlinien mit Datum und genauem Titel ausgewiesen
55 Hervorhebung vom Verfasser
56 *dpa*-Meldung 2649 vom 19. April 2001: Ost-Jugend und West-Senioren wenig tolerant gegenüber Ausländern
57 Ebd.; Hervorhebung vom Verfasser
58 Hervorhebung vom Verfasser
59 Bernd Posselt MdEP, a.a.O.
60 Der Begriff „Blowback" (dt. Rückstoß) ist von dem amerikanischen Geheimdienst CIA geprägt worden und bezieht sich auf die nicht eingeplanten Negativ-Konsequenzen amerikanischer Hegemonialpolitik. Der „Fall Sebnitz" kann in Analogie zu diesem Begriff als ungeplanter Rückstoß einer überhitzten Anti-Rechts-Kampagne gedeutet werden. Für kurze Zeit stand die öffentliche Glaubwürdigkeit der ganzen Kampagne gegen Rechts, sofern überhaupt davon die Rede sein kann, infrage. Zum Begriff: Chalmers Johnson,

Blowback: The Costs and Consequences of American Empire, London 2000.
61 Siegfried Jäger, Der Groß-Regulator, Duisburg 1993
62 *Bild-Online,* 19. 11. 2001.
63 *Bild-Online,* 24. 11. 2001. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Art und Weise, in der die Zeitung ab dem 29. 11. 2000 zurückruderte. Nachdem die Zeugen des angeblichen Mordes an Joseph ihre Aussagen relativierten und die Mutter, Renate Kantelberg-Abdulla, erheblich belasteten, fragte *Bild:* „Doch wer soll ihr das noch glauben?“ (*Bild-Online,* 29. 11. 2000).
64 Matthias Dobrinski, Ein Kind ertränkt wie eine Katze, *Süddeutsche Zeitung,* 25. 11. 2000. Hervorhebung vom Verfasser
65 Astrid Hölscher, Es ist unsere Schande, *Frankfurter Rundschau,* 25. 11. 2000.
66 Volker Zastrow, Abermals: Sebnitz, *FAZ,* 5. 12. 2000.
67 Appell für die Pressefreiheit, *Junge Freiheit,* 2. Februar 2001.
68 *AP*-Meldung, 4. Oktober 2000
69 Warnung vor Rechtsextremen, *Salzburger Nachrichten,* 28. Januar 2000
70 *dpa*-Meldung, 28. August 2000
71 Hervorhebung vom Verfasser.
72 Armin Pfahl-Traughber, Die Extremisten, die aus der Mitte kommen, *FAZ,* 14. Dezember 1994
73 Ebd.
74 *Frankfurter Rundschau,* 16. September 2000
75 Die Extremisten, die aus der Mitte kommen, *FAZ,* 14. Dezember 1994
76 Pfahl-Traughber spricht davon, daß der „analytische Aspekt des Begriffs ‚Extremismus der Mitte‘ zugunsten des politischen Aspekts aufgegeben worden“ sei.
77 Manfred Funke, Extremismus und offene Gesellschaft; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37/78, 16. September 1978, S. 12
78 Ebd., S. 13
79 *Süddeutsche Zeitung,* 18. September 2000
80 Antifaschismus als Aktionsfeld linksextremistischer Agitation, VS Baden-Württemberg, November 1998
81 Ein Jahr Haft als Mindeststrafe, *taz,* 5. September 2000
82 Koch warnt vor Medienhysterie, *Süddeutsche Zeitung,* 24. August 2000
83 Dietrich Murswiek, Staatliche Warnungen, Wertungen, Kritik als Grundrechtseingriffe, *DVBL* 17/97, S. 1021 ff. Hier: S. 1028
84 So die SPD-Politikern Ute Vogt mit Blick auf die Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg.
85 Axel von Campenhausen, Statistiker über rechts: Gesteuerte Empörung? *Politisches Feuilleton* vom 30. März 2001, 7:20-7:25 Uhr, *Deutschlandradio* Berlin
86 Mit der Lupe, *FAZ,* 8. Februar 2001
87 Rainer Wehaus, Wachsende Gewalt von links gegen rechts, *Sindelfinger Zeitung,* 14. November 2000
88 Stefan Dietrich, Eine andere Republik, *FAZ,* 12. 2. 2001
89 Nach Lage der Dinge wird diese Krise nicht zu einer konservativen Erneuerung führen, wie sie der inzwischen emeritierte Stuttgarter Sozialphilosoph Günter Rohrmoser in seinem Buch *Der Ernstfall. Die Krise unserer liberalen Republik* (Berlin, Frankfurt/Main 1994) gefordert bzw. sich erhofft hat. Eher zeichnet sich auch durch das Mitverschulden und Versagen der Unionsparteien das Gegenteil ab: nämlich eine weitere Marginalisierung bzw. Tabuisierung konservativer Positionen im „demokratischen Diskurs“.
90 Konflikt zwischen CDU/CSU und Zentralrat, *dpa*-Meldung vom 11. November 2000
91 Bassam Tibi, Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52-53/96, 20. Dezember 1996, S. 27 ff.
92 Jörg Schönbohm, Die letzte Utopie der Linken wird auch scheitern, *Berliner Zeitung,* 22. Juni 1998
93 Eckhart Werthebach, Staatsraison verlangt Ausländerpolitik nach demokratischem Maß; veröffentlicht im Juli 2000
94 Helmut Dubiel, Von welchen Ressourcen leben wir? Vortrag auf dem Wissenschaftlichen Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg, 6.-7. April 1995
95 Fukuyamas 12 Seiten starker Aufsatz erschien im Herbst 1989 in dem Periodikum *The National Interest.* Zitiert in: Armin Mohler, Lehre und Leere des Liberalismus. In: Politische Lageanalyse. Festschrift für Hans-Joachim Arndt zum 70. Geburtstag, Hrsg. V. Beismann und M.J. Klein, Bruchsal 1993, S. 209
96 Victor Leontovitsch, Das Wesen des Liberalismus; in: Lothar Gall (Hrsg.): Liberalismus, Königstein/Ts. 1985; S. 37
97 A.a.O., S. 39 Die Konsequenzen der Ausführungen von Leontovitsch haben Meinhard Miegel und Stefanie Wahl zu Ende gedacht: Aus ihrer Sicht zerstört sich die Kultur des Westens selbst, weil ihr eine selbstzerstörerische Ideologie zugrundeliegt: der Individualismus. Die Europäer werden durch Menschen anderer

Kulturen verdrängt werden, es sei denn, sie verzichteten weitgehend auf ihren Individualismus. Lebten die Menschen im Westen so weiter wie bisher, werde schon in wenigen Generationen ihre Kultur zerfallen (Meinhard Miegel/Stefanie Wahl, Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst; München 1998, 4. Auflage). Ob den Trägern der Anti-Rechts-Kampagne bewußt ist, daß ihre Politik die von Miegel/Wahl angekündigte Verdrängung der Europäer durch Menschen anderer Kulturen und damit den Zerfall der eigenen Kultur noch erheblich forcieren wird? Diese Frage kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Konstatiert werden aber kann, daß sie die Vollstrecker der von Miegel/Wahl als in ihren Konsequenzen als selbstzerstörerisch qualifizierten Ideologie des Individualismus sind.

98 Mohler, Lehre und Leere, S. 211

99 J. S. Schapiro, Was ist Liberalismus?; in: L. Gall, a.a.O., S. 23

100 Beteiligt an der Anti-Rechts-Kampagne sind mehr oder weniger alle jene Gruppen, die als „gesellschaftlich relevant" bezeichnet werden.

101 Daß diese Feststellung auch für Politiker der Union gilt, zeigt u.a. die bereits angesprochene Broschüre „Zur Übernahme rechtsradikaler Argumente durch Berliner CDU-Politiker" (August 1999), in der festgestellt wird: „Nirgendwo wird die sprachliche Annäherung von CDU-Politikern an das rechtsradikale Spektrum deutlicher als gerade in der Ausländer- und Asylpolitik."

102 Ebd.

103 Von den Sanktionen gegen Österreich zur EU-Regierungskonferenz in Nizza, *Zeit-Fragen* Nr. 69, 24. Juli 2000

104 Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Ein Erfahrungsbericht; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/62 vom 16. Mai 1962. Weiter wird dort zur „Mentalität" der Rechtsextremisten ausgeführt: „Unter den Parteigängern des Rechtsextremismus sind häufig zu beobachten: Vorurteile als Folgen vermeintlicher persönlicher Entrechtung, Symbolsucht und Elitedünkel als Fluchtreaktionen auf Grund allgemeiner Unzufriedenheit, intellektfeindliche Einstellung, die unbequemen Auseinandersetzungen mit den Problemen der Gegenwart durch Flucht in die Sphäre der Dogmen, Affekte und Gefühle ausweicht." An dieser Charakterisierung „rechtsextremen Denkens" hat sich bis heute im Kern nichts geändert.

105 Markus Feldenkirchen, Kurz, griffig, ungewöhnlich, *Süddeutsche Zeitung,* 14. Februar 2001

106 *dpa* lsw 089 vom 19. April 2001

107 *dpa*-Meldung 2676 vom 26. Januar 2001: Keine Einheitsfront gegen die ‚braune Cholera' in Brandenburg

108 *AP*-Meldung vom 21. September 2000; ‚Soziale Stadt' gegen rechte Gewalt

109 Herhorhebung vom Verfasser. Vgl. in diesem Zusammenhang FN 87 Miegel/Wahl, Das Ende des Individualismus.

110 J.L. Talmon, Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln/Opladen 1961. Ein beredtes Beispiel für diese Feststellung Talmons lieferte die Publizistin Sabine Reul in der Ausgabe 05/06-2001 des Magazins *Novo*, in der sie feststellte: „Solange keine radikale Änderung in der Ausländer- und Einwanderungspolitik (in Deutschland, d.V.) dafür sorgt, allen Menschen, die in Deutschland oder Europa leben, ungeachtet ihrer Herkunft gleiche Rechte einzuräumen, bleibt Diskriminierung zwischen Bevölkerungsgruppen ein Teil unserer politischen Kultur, der latent immer wieder in akute Spannungen umschlagen kann." (Sabine Reul, Indizien von Verbohrtheit beim Kampf gegen Rechts; Hervorhebung vom Verfasser.) Da in Deutschland die meisten Ausländer Nicht-EU-Ausländer sind, müßte Sabine Reul konsequenterweise fordern, soll „Diskriminierung" vermieden werden, daß die Ausländer- und Einwanderungspolitik allen Menschen auf der Welt gleiche Rechte einräumt. Dies liefe auf ein Zuwanderungsrecht für 6 Milliarden Menschen hinaus. Radikaler als Reul es nahelegt, kann nicht mehr formuliert werden, was dem *juste milieu* in Deutschland wirklich vorschwebt. Daß Reul mit ihren Ansichten keineswegs alleine steht, zeigt ein Papier der Deutschen Bischofskonferenz, in dem die Verantwortlichen in Staat und Politik ermahnt werden, auch illegal in Deutschland lebenden Ausländern die grundlegenden Menschenrechte zu gewährleisten. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, erklärte, Menschen ohne Aufenthaltsrecht und Duldung müßten „ein auch praktisch durchsetzbares Recht auf Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem und zur medizinischen Versorgung haben". Ferner müßten diese Menschen einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum eingeräumt bekommen, vor allem auf Obdach und Verpflegung. All dies ergebe sich bereits aus Artikel zwei des Grundgesetzes. Schließlich müsse auch Rechtsschutz in Fällen vorenthaltenen Lohnes gewährleistet sein, ohne daß dies die Abschiebung nach sich ziehe (*AP*-Meldung vom 28. Mai 2001). Daß alle diese Forderungen einer direkten Einladung zur Massenzuwanderung nach Deutschland gleichkommen, dürfte Lehmann bewußt sein.

111 N. G. Davila, Auf verlorenem Posten, Wien 1992, S.105/6

112 Peter Graf von Kielmansegg, a.a.O. Hervorhebung vom Verfasser.

113 Unter Einschluß desjenigen Lagers, das sich heute „liberal" nennt.

114 Wie es in Deutschland inzwischen mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit bestellt ist, brachte der

Publizist Heribert Seifert im *Politischen Feuilleton* des *Deutschlandradios* auf den Punkt: „Die aktuelle Dauermobilmachung gegen Rechts“ habe den „Konformitätsdruck erheblich erhöht“. „Konfektionierte Entrüstung ist gefragt und vor allem publizistische Einübung in die große Konfession: Auch ich bin Antifaschist. Professionelle Hosenschlitzriecher haben Konjunktur und schnüffeln nicht nur in der Presse, sondern auch auf Internetseiten nach dem Hautgout der bösen Gesinnung. Niemanden scheint es zu stören, daß Meinungsfreiheit mittlerweile vor allem als Fall für den präventiven Staatsschutz gilt … Meinungsfreiheit, die Quelle, aus der offene Gesellschaften ihre Kraft für Konfliktlösungen beziehen, erscheint plötzlich nur noch als Gefahrgut, das scharf zu überwachen ist.“ Heribert Seifert, Der diskrete Charme der Zensur, *Politisches Feuilleton, Deutschlandradio,* 31. 05. 2001. Hervorhebung vom Verfasser.



Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
www.staatspolitik.de